

Unterrichtung

durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages

Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Berichtszeitraum: 26. Oktober 2021 bis 30. September 2023

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Einleitung	2
2 Reisen der Präsidiumsmitglieder	2
3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche	5
4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen	19
5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche	26
6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten	36
7 Internationale Austauschprogramme	41
8 Grundlage der Berichtspflicht	43
9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen	43
10 Erläuterung zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen	44
11 Statistische Übersicht	45

1 Einleitung

Nach der Covid-19-Pandemie konnten die Mitglieder des Deutschen Bundestages Ende März/Anfang April 2022 die Pflege internationaler Kontakte wieder persönlich und unmittelbar aufnehmen und so einen wichtigen Teil ihrer Mandatsaufgaben erfüllen. Die Bedeutung einer engen internationalen Kooperation hat sich durch den Angriff russischer Streitkräfte auf die Ukraine im Februar 2022 noch einmal verstärkt. Auch die Europäisierung und Globalisierung nahezu aller Politikfelder haben zur Folge, dass der Deutsche Bundestag auf eine enge internationale Zusammenarbeit angewiesen ist und von ihr profitiert. Nur durch eine enge internationale parlamentarische Zusammenarbeit ist die Bewältigung dieser globalen Aufgaben möglich. Aufgegriffen wurden bei den internationalen Begegnungen neben den Herausforderungen, die sich durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stellen, insbesondere die Themenfelder Digitalisierung, globale Wirtschaft und Finanzmärkte, Energieversorgung, die Folgen des Klimawandels, Migration und Asyl sowie die Bekämpfung internationaler Terrororganisationen und grenzüberschreitender Kriminalität.

Entsprechend findet die parlamentarische Arbeit der Abgeordneten nicht nur im Deutschen Bundestag statt, sondern ebenso in parlamentarischen Versammlungen und Gremien von internationalen und supranationalen Organisationen wie der Interparlamentarischen Union, der NATO, der OSZE, des Europarates und der Europäischen Union. Mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung gibt es seit 2019 zudem eine besondere Form der Zusammenarbeit zwischen der französischen Nationalversammlung und dem Deutschen Bundestag.

Die im Deutschen Bundestag zu treffenden Entscheidungen haben vielfach internationale Bezüge, für die fundierte Kenntnisse der Situation in ausländischen Staaten erforderlich sind. Gleiches gilt für die Entwicklung von Kooperationsformen, mit denen der Deutsche Bundestag den Aufbau demokratischer Strukturen insbesondere in Staaten fördert, die politische Umbrüche erlebt haben oder noch erleben.

Um dem gerecht zu werden, pflegen die Mitglieder des Deutschen Bundestages vielfältige und intensive Formen der politischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Institutionen. Dies geschieht im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche als Mitglieder von Ausschüssen, Kommissionen und anderen Gremien des Deutschen Bundestages, als Delegierte in internationalen parlamentarischen Organisationen oder als Vertreterinnen und Vertreter von Parlamentariergruppen, die für bestimmte Staaten oder Regionen zuständig sind.

2 Reisen der Präsidiumsmitglieder

Die Reisen des Präsidiums gingen im Berichtszeitraum weit überwiegend in Staaten der Europäischen Union und andere europäische Staaten. Nach dem 24. Februar 2022 stand eine Vielzahl von Reisen im Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Im Januar 2022 war die Bundestagspräsidentin in Rom beim Staatsbegräbnis für den verstorbenen Präsidenten des Europäischen Parlamentes, David Sassoli, zugegen.

Bundestagspräsidentin Bas unternahm am 21. Februar 2022 ihre erste Auslandsreise aus eigener Initiative nach Paris, wo sie ihrem französischen Amtskollegen, dem Präsidenten der Nationalversammlung, Richard Ferrand, einen Antrittsbesuch abstattete und gemeinsam mit ihm die siebte Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung leitete.

Vizepräsidentin Göring-Eckardt besuchte im Mai 2022 Rumänien anlässlich einer Wiedereröffnungsfeier für die Citadel-Synagoge in Temeswar und führte in der Republik Moldau (Chişinău) politische Gespräche zur Unterstützung ukrainischer Kriegsvertriebener. Am moldauisch-ukrainischen Grenzübergang kam sie mit einer ukrainischen Delegation zusammen, um sich über die Situation in der von Russland angegriffenen Stadt Odessa zu informieren.

Bundestagspräsidentin Bas reiste am 8. und 9. Mai 2022 auf Einladung des Präsidenten der Werchowna Rada, Ruslan Stefantschuk, nach Kiew, Butscha und Irpin, um sich als erste Verfassungsorganrepräsentantin Deutschlands einen unmittelbaren Eindruck von den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges und mehrfacher mutmaßlicher Kriegsverbrechen vor Ort zu machen sowie ein Zeichen der Unterstützungsbereitschaft und Solidarität Deutschlands zu setzen. Hierbei traf sie die höchsten Repräsentanten des ukrainischen Staates, neben Präsident Stefantschuk u. a. Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj und Ministerpräsident Denis Schmyhal. Gemeinsam mit Präsident Stefantschuk gedachte sie des 77. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges sowie der Opfer des Massakers von Babyn Jar.

Gedenken und Erinnerungskultur nahmen bei einer Reihe von Reisen der Bundestagspräsidentin sowie der anderen Präsidiumsmitglieder einen wichtigen Raum ein.

So reiste Vizepräsidentin Pau im Mai 2022 sowie im Mai 2023 nach Österreich, um als Vertreterin des Deutschen Bundestages an den Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen in Oberösterreich teilzunehmen.

Am 23. und 24. Mai 2022 reiste Bundestagspräsidentin Bas auf Einladung ihrer polnischen Amtskollegin, Sejm-Marschallin Elżbieta Witek, zu einem Antrittsbesuch nach Warschau. Dort traf sie auch den Präsidenten des Senates, Senats-Marschall Tomasz Grodzki. Die Bundestagspräsidentin legte am Grabmal des Unbekannten Soldaten und am Denkmal für die Helden des Ghettoaufstandes 1943 Kränze nieder und besuchte gemeinsam mit Wanda Traczyk-Stawska, einer Veteranin des Warschauer Aufstandes von 1944, den Friedhof Wola, auf dem mehr als 100.000 Opfer des Aufstandes und der deutschen Besatzung ruhen.

Auf Einladung des Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer, Roberto Fico, reiste Bundestagspräsidentin Bas im Juni 2022 zu einem Antrittsbesuch nach Rom. Hierbei traf sie die höchsten Repräsentanten des italienischen Staates, u. a. auch Staatspräsident Sergio Mattarella. Gemeinsam mit ihrem Amtskollegen Fico gedachte sie in der Gedenkstätte Fosse Ardeatine der Opfer des Massakers in den Ardeatinischen Höhlen.

Im Juli 2022 reiste Vizepräsidentin Özoğuz nach Bosnien und Herzegowina, um dort an der Gedenkveranstaltung zum 30. Jahrestag des Völkermordes von Srebrenica teilzunehmen. Im Rahmen ihres Besuches traf sie zudem mit der Zivilgesellschaft und Vertreterinnen von Opferverbänden zusammen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen, die Opfer des Bosnienkrieges geworden sind. Ebenfalls auf dem Programm standen Treffen mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses und Vertretern der großen Religionsgemeinschaften des Landes.

Im Juli 2022 reiste Vizepräsidentin Göring-Eckardt in den Südkaukasus (Baku, Tiflis, Eriwan), in die Republik Moldau (Chişinău) und in die Ukraine (Odessa). In Aserbaidschan, Georgien und Armenien informierte sie sich über die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die politische Lage in den Ländern des Südkaukasus. In Chişinău eröffnete sie eine Wanderausstellung zu „30 Jahre diplomatische Beziehungen Deutschland-Moldau“ und besuchte ein Aufnahmezentrum für Kriegsvertriebene aus der Ukraine. In Odessa informierte sie sich über die aktuelle militärische und wirtschaftliche Situation der Stadt am Schwarzen Meer.

Die Bundestagspräsidentin war im Sommer 2022 in London Gast beim Finale der Fußball-Europameisterschaft der Frauen.

Im Oktober 2022 reiste sie nach Zagreb, um an der Ersten Parlamentarischen Konferenz zur Krim-Plattform teilzunehmen, die von Kroatien gemeinsam mit der Ukraine ausgerichtet wurde.

Vizepräsident Kubicki reiste im November 2022 nach Spanien. Neben den parlamentarischen Beziehungen standen Fragen zur künftigen energiewirtschaftlichen und strategischen Ausrichtung beider Länder im Zentrum der Gespräche auf politischer Ebene. Nach den deutsch-spanischen Regierungskonsultationen im Oktober und des Besuchs der spanischen Parlamentspräsidentin im Deutschen Bundestag Anfang November rundete der Besuch ein Jahr intensiven politischen Austausches ab.

Bundestagspräsidentin Bas reiste im November 2022 nach Brüssel, um einerseits Gespräche mit hochrangigen Repräsentanten der EU-Institutionen, etwa mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, der Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz, Vera Jourová, und dem Kommissar für den EU-Haushalt und Verwaltung, Johannes Hahn, zu führen. Andererseits galt der Besuch dem Königreich Belgien, als dessen Repräsentantinnen die Bundestagspräsidentin die Präsidentinnen der Abgeordnetenkammer und des Senats, Eliane Tillieux und Stephanie D’Hose, traf. Als Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien traf die Bundestagspräsidentin den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz Lambertz, und den Ministerpräsidenten Oliver Paasch.

Im Januar 2023 war die Bundestagspräsidentin im Vatikan/Rom bei den Trauerfeierlichkeiten für Papst (em.) Benedikt XVI zugegen.

Anfang Februar 2023 besuchte Vizepräsidentin Göring-Eckardt die Ukraine. Stationen waren Kiew, Borodjanka, Wasylikiw, Butscha, die Region Tscherkasy und Odessa. Sie informierte sich über die militärische, wirtschaftliche und soziale Lage in der Ukraine, die notwendige Unterstützung für die Verteidigung und den Wiederaufbau des Landes.

Bundestagspräsidentin Bas reiste am 22. Januar 2023 mit einer hochrangigen Delegation des Deutschen Bundestages nach Paris, um gemeinsam mit den weiteren Verfassungsorganrepräsentanten beider Staaten an den gemeinsamen Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen des Élysée-Vertrages teilzunehmen. Ferner leitete die Bundestagspräsidentin zusammen mit der Präsidentin der französischen Nationalversammlung, Yaël Braun-Pivet, eine gemeinsame Arbeitssitzung des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale. Zum Auftakt des Besuches

hatten beide Parlamentspräsidentinnen einen Kranz am Ehrengrab der einstigen Präsidentin des Europäischen Parlaments und Holocaust-Überlebenden, Simone Veil, niedergelegt.

Am 22./23. Februar 2023 reiste Bundestagspräsidentin Bas auf Einladung des Sprechers des britischen Unterhauses, Sir Lindsay Hoyle, nach London. Dort traf sie die höchsten staatlichen Repräsentanten. Neben einer Audienz bei König Charles III. führte sie Gespräche u. a. mit ihrem Amtskollegen Hoyle und dem Sprecher des Oberhauses, The Lord McFall of Alcluith. Außerdem nahm sie an der Prime Minister's Question Time teil und gedachte am Mahnmal „Kindertransport – Die Ankunft“ vor dem Bahnhof Liverpool Station der über 10.000 Kinder, die 1938/39 durch die „Kindertransporte“ aus Deutschland, Österreich und einigen anderen Ländern nach Großbritannien gebracht und so vor der Ermordung durch die Nationalsozialisten gerettet wurden.

Im März 2023 reiste Bundestagspräsidentin Bas nach Norwegen und Finnland. Auf Einladung des Storting-Präsidenten, Masud Gharahkhani, besuchte sie Oslo, wo sie von König Harald V. von Norwegen empfangen wurde und u. a. Gespräche mit Ministerpräsident Jonas Gahr Støre sowie Mitgliedern des Storting-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten führte. Gemeinsam mit Präsident Gharahkhani reiste sie nach Svalbard weiter, wo beide zum Thema der Erforschung des Klimawandels die französisch-deutsche Forschungsbasis AWIPEV in Ny-Ålesund besuchten. In Helsinki führte die Bundestagspräsidentin u. a. Gespräche mit Staatspräsident Sauli Niinistö und dem Präsidenten der Eduskunta, Matti Vanhanen, sowie Außenminister Pekka Haavisto.

Im April 2023 reiste Vizepräsidentin Özoğuz nach Belgrad, um sich mit Abgeordneten des serbischen Parlaments über Möglichkeiten auszutauschen, die parlamentarischen Abläufe in dem Land effektiver zu gestalten. Bei ihren Gesprächen mit Parlamentspräsident Vladimir Orlić, Außenminister Ivica Dačić und Europaministerin Tanja Miscevic standen darüber hinaus der Beitrittsprozess Serbiens zur Europäischen Union, die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Serbien sowie die Vertiefung gutnachbarschaftlicher Beziehungen auf dem Westbalkan im Mittelpunkt.

Im Mai 2023 reiste Bundestagspräsidentin Bas ins französische Straßburg, abermals um gemeinsam mit ihrer französischen Amtskollegin Braun-Pivet eine Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung zu leiten. Darüber hinaus nahmen die Politikerinnen mehrere bilaterale Termine gemeinsam wahr, so zum Beispiel eine Begegnung mit Verantwortlichen der Grenzregion am Oberrhein, ein Besuch beim Sender ARTE und eine Diskussion mit Schülern einer deutsch-französischen Begegnungsschule.

Im Juni 2023 besuchte Bundestagspräsidentin Bas Estland, Lettland, Litauen. Bei den Begegnungen mit allen drei baltischen Amtskollegen Hussar (Estland), Smiltēns (Lettland), Frau Cmilytė-Nielsen (Litauen) bzw. mit Staatspräsident Levits (Lettland), Staatspräsident Nausėda (Litauen) und Ministerpräsidentin Šimonytė (Litauen) standen die geopolitische Lage, die Bedrohungsperzeptionen sowie innen- und europapolitische Fragestellungen im Mittelpunkt. Frau Bas besuchte außerdem das Ukraine-Zentrum in Vilnius, das der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge aus der Kriegsregion dient, und das deutsche Einsatzkontingent im litauischen Feldlager Rukla (ENHANCED FORWARD PRESENCE). Dies war der erste Besuch der Bundestagspräsidentin bei der Truppe im Einsatz.

Im Juni 2023 nahm die Bundestagspräsidentin auf Einladung ihrer spanischen Amtskollegin Batet Lamaña an einer Konferenz in León teil. Dabei kam es auch zu einer Begegnung mit König Felipe V. von Spanien.

Im Juli 2023 reiste Bundestagspräsidentin Bas in zwei Staaten, die eine europäische Beitrittsperspektive verfolgen: Georgien und die Republik Moldau. Dort traf sie mit dem georgischen Parlamentspräsidenten, Schalva Papuaschwili, der georgischen Staatspräsidentin, Salome Surabischwili, dem georgischen Ministerpräsidenten, Irakli Garibaschwili, der Staatspräsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, dem Ministerpräsidenten der Republik Moldau, Dorin Recean, und weiteren Parlamentariern und Verantwortlichen aus Politik und Gesellschaft zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen u. a. Bedrohungsperzeptionen, der NATO-Gipfel und die „Frozen conflicts“.

Von besonderem Interesse waren der Besuch der Bundestagspräsidentin an der sogenannten Verwaltungslinie zu Südossetien („Administrative boundary line“) und dortige Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Beobachtungsmission in Georgien (EU Monitoring Mission, EUMM).

Im Juli 2023 nahm Bundestagspräsidentin Bas im belgischen Eupen an der traditionellen Konferenz der deutschsprachigen Parlamentspräsidenten teil (neben Belgien und Deutschland ferner Luxemburg, Liechtenstein, Schweiz und Österreich).

Außereuropäische Reisen

Vizepräsidentin Özoğuz reiste Ende Februar/Anfang März 2022 in die Türkei, um sich über die aktuelle politische Lage zu informieren. Sie führte u. a. Gespräche mit Parlamentspräsident Mustafa Şentop, Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu, dem Vorsitzenden der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, und der Vorsitzenden der İyi-Partei, Meral Akşener. Darüber hinaus stand auf Einladung der Deutschen Botschaft in Ankara die Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Frauen in Politik und Gesellschaft“ sowie eine Begegnung mit Vertreterinnen türkischer Frauenorganisation auf dem Besuchsprogramm.

Bundestagspräsidentin Bas reiste im April 2022 nach Israel, um dem Präsidenten der Knesset, Mickey Levy, einen Antrittsbesuch abzustatten und als erste Repräsentantin Deutschlands am israelischen Gedenktag für die Opfer der Schoah Jom haScho'a teilzunehmen. Bei der Eröffnungszereemonie der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem war sie als einziger ausländischer Staatsgast anwesend. In Jerusalem führte sie u. a. Gespräche in der Knesset und mit Staatspräsident Itzhak Herzog sowie Ministerpräsident Naftali Bennett.

Vizepräsidentin Pau reiste im Juni 2022 nach Israel. Im Rahmen eines Besuchs der Knesset führte sie Gespräche mit deren stellvertretenden Sprechern Mansour Abbas (Ra'am) und Evgeny Sova (Jisra'el Beitenu). Neben der aktuellen politischen Lage in Israel wurden Potentiale und mögliche Themen einer Fortführung der bilateralen Parlamentskonsultationen erörtert. Am Grenzübergang Erez und bei der Besichtigung des mobilen bodengestützten Raketenabwehrsystems „Iron Dome“ machte sich Vizepräsidentin Pau ein Bild von der Sicherheitslage an der Grenze zum Gaza-Streifen. Bei einem Besuch des Pilgerhauses Tabgha am See Genezareth informierte sie sich über die Lage der Christen in Israel und den Besatzungsgebieten.

Vizepräsidentin Özoğuz reiste im Juni 2022 nach Israel, um an der Universität Haifa die traditionelle Bucerius Lecture zu Deutschlands Weg zur Einwanderungsgesellschaft zu halten. Auf dem Besuchsprogramm standen zudem ein Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem sowie Gespräche in der Knesset und im Außenministerium sowie der Besuch eines jüdisch-arabischen Versöhnungsprojekts.

Im April 2023 besuchte Vizepräsidentin Özoğuz die Türkei, um sich über die Situation im Erdbebengebiet und den Stand der Aufräumarbeiten zu informieren. Neben einem Gespräch mit dem Gouverneur von Istanbul, Ali Yerlikaya, führte sie hierzu unter anderem Gespräche mit dem Gouverneur der Region Gaziantep, Davut Gül, und verschiedenen Hilfsorganisationen. Darüber hinaus ließ sie sich bei einem Besuch in der vom Erdbeben stark betroffenen Stadt Nurdağı über die Unterbringung von und Unterstützung für Menschen informieren, die Haus oder Wohnung verloren haben. In der Region Hatay sprach sie Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Dank und Anerkennung aus, die in einem kurzfristig eingerichteten Feldlazarett ihren Dienst verrichteten, und informierte sich über verschiedene Hilfsprojekte.

3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse dienen vornehmlich dazu, Erfahrungen zu wichtigen und aktuellen politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen. Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sind insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen, weitere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Angehörige von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen gegliedert aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten werden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch angeführt werden. Es handelt sich demnach nicht um die vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

Auswärtiger Ausschuss

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode empfing der Ausschuss im Januar 2022 eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Assemblée nationale in Berlin und knüpfte damit an die auch in vorangegangenen Wahlperioden gut gepflegten Beziehungen an. Abgeordnete beider Ausschüsse diskutierten gemeinsame außenpolitische Fragen im Kontext der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) wie die Erarbeitung des sogenannten Strategischen Kompasses, die Lage in der Sahel-Zone vor dem anstehenden EU/Afrika-Gipfel und die EU-Politik gegenüber den Ländern des westlichen Balkans. Beim Gegenbesuch im März 2023 in Paris konzentrierte sich die Diskussion vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine auf die Frage, welche Hilfen der Ukraine

zur Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität geleistet werden können sowie darauf, wie die EU-Erweiterung – auch nach Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau – erfolgreich sein könne.

Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses besuchte im Februar 2023 Japan und Südkorea. Nach der Corona-Pandemie, die auch die bisherige Sicherheit von Lieferketten infrage stellte, und nach dem russischen Überfall auf die Ukraine herrscht auch in Südostasien das Bedürfnis nach einer grundsätzlich neuen strategischen Orientierung, die Abhängigkeiten vermeidet sowie Abwehr und Verteidigung zu sichern versucht. Sicherheit wird in Japan verstanden als militärische wie auch wirtschaftliche Sicherheit, aber auch Südkorea hat Ende 2022 eine Indo-Pazifik-Strategie verabschiedet. Die „Zeitenwende“, wie sie in Deutschland erfolgte, hat auch in Japan und Südkorea mit unterschiedlichen Schwerpunkten stattgefunden und dominierte alle von den Abgeordneten geführten Gespräche.

Kurz vor Eröffnung der 77. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) hielt sich eine Delegation des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und zivile Krisenprävention im September 2022 zu politischen Gesprächen am Sitz der VN in New York auf. Die Reise bot den Delegationsmitgliedern des im Mai 2022 neu konstituierten Gremiums die Gelegenheit, Kontakte zu hochrangigen Vertretern der Weltorganisation und Repräsentanten maßgeblicher Mitgliedstaaten zu knüpfen, sich über aktuelle Herausforderungen für die VN zu informieren und einen Eindruck von den Erwartungen zu gewinnen, denen sich Deutschland als ein wichtiger Akteur in den VN gegenüber sieht. Neben den politischen Gesprächen nutzte die Delegation die Gelegenheit zum Austausch mit deutschen Beschäftigten bei den VN.

Eine Delegation des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik konnte sich im Oktober 2022 in der Arabischen Republik Ägypten vor Ort ein Bild von der Arbeit der Mittlerorganisationen machen und insbesondere die Rahmenbedingungen in der Zusammenarbeit mit ägyptischen Behörden, Institutionen und Regierungsorganisationen betrachten. Darüber hinaus waren auch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie vor dem Hintergrund möglicher finanzieller Auswirkungen bei sinkenden zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln für die Mittlerorganisationen ein Schwerpunkt der Gespräche.

Abgeordnete des Unterausschusses Internationale Klima- und Energiepolitik führten im Dezember 2022 in Delhi, Jaipur und Bangalore Gespräche mit hochrangigen Vertretern der indischen Zentral- und Regionalregierungen und -parlamente sowie anderen Akteuren in den Bereichen Erneuerbare Energien, Klima- und Umweltschutz. Dabei konnten sich die Unterausschussmitglieder einen tiefgehenden Eindruck von den Herausforderungen verschaffen, vor denen Indien in der Klimaschutz- und Energiewendepolitik steht und welche Lösungen Indien in diesen Bereichen entwickelt.

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitglieder des Ausschusses tauschten sich während einer Delegationsreise nach Den Haag im Oktober 2022 mit Vertretern verschiedener EU-Institutionen, der niederländischen Regierung und des Internationalen Strafgerichtshofs zu Fragen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus sowie zu aktuellen Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aus.

Die Delegationsreise des Ausschusses für Inneres und Heimat nach Kanada im März 2023 diente dazu, sich über das dortige Einwanderungssystem zu informieren. Die gewonnenen Erkenntnisse konnten im Nachgang der Reise in das Gesetzgebungsverfahren zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz einfließen.

Sportausschuss

Anlässlich der Eishockey-Weltmeisterschaft der Herren reisten Abgeordnete des Sportausschusses im Mai 2023 nach Finnland. In Tampere stand der Dialog mit dem internationalen Eishockeyverband (IIHF) und dem Deutschen Eishockey-Bund (DEB) im Vordergrund. Die Gespräche dienten der Erörterung der Frage, wie Deutschland seiner Rolle als Gastgeber internationaler Sportgroßveranstaltungen auch künftig gerecht werden kann. Da am Rande der WM auch der Austragungsort der WM 2027 bestimmt wurde, diente die Reise zudem der Unterstützung der Bewerbung des Deutschen Eishockey-Bundes um die Austragung der IIHF-Eishockey-Weltmeisterschaft der Herren im Jahr 2027. Gespräche mit Vertretern der Kommunalpolitik und der Universität Tampere ergänzten das Programm. In Helsinki führte die Delegation Gespräche mit Mitgliedern des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport des finnischen Parlaments und mit Vertretern des Ministeriums für Bildung und Kultur. Der Ausschuss traf auch mit dem Nationalen Olympischen Komitee und dem Nationalen Paralympischen Komitee zusammen.

Hintergrund einer Delegationsreise nach Japan im Juli 2023 anlässlich der Schwimm-WM war ebenfalls die Rolle Deutschlands als Gastgeber internationaler Sportgroßveranstaltungen. Zunächst informierte sich die Delegation am Austragungsort in Fukuoka über die organisatorischen Rahmenbedingungen, besuchte Wettkämpfe und führte Gespräche mit Vertretern des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) und des internationalen Schwimmverbandes (World Aquatics). In Kumamoto wurde die Delegation vom Bürgermeister empfangen und traf mit der Japanisch-Deutschen Gesellschaft zusammen. In Tokio informierte sie sich über die Nachnutzung der Olympia-Infrastruktur im Hinblick auf Nachhaltigkeit, besuchte Wettkampfstätten und ein Leistungszentrum für den Spitzensport. Sportpolitische Gespräche führte sie mit dem Japanischen Olympischen Komitee, dem Japanischen Paralympischen Komitee, dem Japan Sports Council und der Japan Sports Agency. Zudem besuchte sie eine Veranstaltung des deutsch-japanischen Sportjugend-Simultanaustausches anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums. Zudem tauschten sich die Bundestagsabgeordneten mit Abgeordneten des japanischen Parlaments auch zu allgemeinpolitischen Themen aus.

Rechtsausschuss

Im Juni 2022 unternahm eine Delegation des Ausschusses eine Reise nach Tschechien und Polen, bei der die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie die veränderten politischen Mehrheiten in den beiden bereisten Ländern im Mittelpunkt standen. Geprägt wurde der Besuch auch durch die seinerzeit bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens ab dem 1. Juli 2022 und die Justizreform in Polen im Spannungsverhältnis mit dem Rechtsstaatsmechanismus der EU. Die deutsche Delegation betonte gegenüber allen Gesprächspartnern ihre uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine und die Anerkennung der umfassenden Hilfeleistungen Polens und Tschechiens. Hinsichtlich der Justizreform in Polen brachte sie ihre große Besorgnis zum Ausdruck, dass die Unabhängigkeit der Richterschaft nicht mehr hinreichend gewahrt werde.

Im Mittelpunkt der Reise einer Delegation des Rechtsausschusses nach Senegal und Ghana im Februar 2023 standen die Themen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Good Governance. Im Zuge der Gespräche mit hochrangigen Vertretern aus Parlament, Regierung, Justiz und Zivilgesellschaft verfestigte sich der Eindruck, dass das Recht „auf dem Papier“ in großen Teilen durchaus positiv zu bewerten und weiterer Reformwillen bei den Entscheidungsträgern gegeben ist. Allerdings zeigten sich größere Probleme mit Blick auf die Rechte von Frauen, Kindern und Personen aus dem LGBTIQ-Spektrum sowie hinsichtlich der Umsetzung des Rechts in die Praxis. Der hohe Stellenwert einer engen partnerschaftlichen Verbindung zu Deutschland wurde in beiden Ländern von sämtlichen Akteuren deutlich herausgestellt.

Im März 2023 reiste eine Delegation des Unterausschusses Europarecht des Rechtsausschusses nach Brüssel, um dort Gespräche unter anderem mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zu führen. Themen waren die Lage der Rechtsstaatlichkeit sowie wichtige Gesetzgebungsvorhaben der EU aus dem Bereich der Rechtspolitik, insbesondere der Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie der Europäische Medienfreiheitsakt.

Auch bei Besuchen des Rechtsausschusses durch Abgeordnete ausländischer Parlamente bildeten der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die Bestrebungen zur Einrichtung eines Sondertribunals einen Gesprächsschwerpunkt. Vor dem Hintergrund der Anträge der Ukraine, Moldaus und Georgiens zur Aufnahme in die EU wurden die Reformforderungen der Europäischen Kommission hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz sowie der Korruptionsbekämpfung in diesen Ländern thematisiert und Auskünfte zur EU-Rechtsangleichung gegeben.

Finanzausschuss

Die internationalen Aktivitäten des Finanzausschusses waren in der ersten Hälfte der Wahlperiode von der Corona-Pandemie, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der weltweit zu beobachtenden Rekordinflation und der Energiekrise geprägt.

Infolge der Pandemie konnte eine Delegationsreise nach London und Dublin erst im Juni 2022 realisiert werden. Im Vereinigten Königreich stand neben der aktuellen Wirtschaftslage vor allem die Entwicklung des Finanzplatzes London nach dem Brexit im Mittelpunkt. Die Gespräche in Irland konzentrierten sich auf die internationalen Verhandlungen zur globalen Mindestbesteuerung, die Zukunft des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie den Beitrag der Finanzmärkte zu einer dekarbonisierten Wirtschaft.

Gemeinsam mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung führten Abgeordnete des Finanzausschusses während der Jahresversammlung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank im Oktober 2022 in Washington D.C. Gespräche mit Vertretern des

IWF, der Weltbank, der US-Administration sowie mit Vertretern von Think Tanks, politischen Stiftungen und Kreditinstituten. Gegenstand waren die Auswirkungen der Pandemie, des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der Inflation und der Energiekrise auf die Weltwirtschaft und die Stabilität der Finanzmärkte.

Im Mai 2023 besuchte eine Ausschussdelegation Nigeria als eines der am schnellsten wachsenden Länder Subsahara-Afrikas. Neben Terminen in der Metropole Lagos war auch ein Besuch am Regierungssitz Abuja geplant, musste wegen einer Reisewarnung des Auswärtigen Amtes aber zurückgestellt werden. In Lagos informierte sich die Delegation über die dynamische wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die unter anderem durch junge Unternehmen im Bereich Fin-Tech geprägt ist, aber auch durch problematische fiskalpolitische Entscheidungen der scheidenden Regierung behindert wird.

Die aktuellen und geplanten EU-Regulierungen im Bereich der Finanzdienstleistungen und der Bankenunion sowie die Verhandlungen über den Stabilitäts- und Wachstumspakt bildeten die Kernthemen der Gespräche von Mitgliedern des Ausschusses mit Vertretern mehrerer Institutionen in Brüssel im Mai 2023.

In Berlin empfing der Ausschuss eine Reihe von Delegationen und Gästen zu Gesprächen, so aus dem Vereinigten Königreich, der Tschechischen Republik, Liechtenstein, Frankreich, den Niederlanden und der Europäischen Kommission. Dabei ging es unter anderem um die Folgen des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union, die Finanzmarktaufsicht in Liechtenstein, die Beteiligung nationaler Parlamente an der Europäischen Integration und die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der EU.

Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss ist aufgrund seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen in sämtlichen politischen Fachgebieten tätig, was sich auch in seinen internationalen Aktivitäten widerspiegelt.

Die Berichterstatter für den Einzelplan des Bundesverteidigungsministeriums reisten im Juli 2022 in die USA, um angesichts der „Zeitenwende“ mit den transatlantischen Partnern über die zukünftige Kooperation in der Verteidigungs- und Rüstungspolitik zu sprechen. Dasselbe Informationsbedürfnis führte die Abgeordneten ein Jahr später im Juli 2023 nach Australien.

Im Oktober 2022 unternahmen die Berichterstatter für den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Delegationsreise in die Republik Moldau und in die Ukraine. In Anbetracht des bevorstehenden Winters standen vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine die Themen Flüchtlinge/Binnenvertriebene und Energie im Mittelpunkt.

Im Februar 2023 reisten die Obleute im Haushaltsausschuss nach Neu Delhi und Mumbai. Es ging neben einer Festigung der bilateralen Beziehungen zu Indien vorrangig um finanz- und wirtschaftspolitische Fragestellungen sowie die indische G-20-Präsidentschaft.

Im selben Zeitraum informierte sich eine Delegation aus Berichterstattern für den Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in Australien und Neuseeland schwerpunktmäßig über die Themen Forstwirtschaft im Angesicht des Klimawandels, CO₂-Speicherung und Emissionshandel sowie Biodiversität.

Die Berichterstattergruppe für den Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz reiste im März 2023 in die Sozialistische Republik Vietnam, wo sie sich u. a. für vom BMZ geförderte Initiativen, die Fortschritte der vietnamesischen „Grünen Wachstumsstrategie“ und das neue Umweltschutzgesetz interessierte.

Im April 2023 reiste eine Delegation des Rechnungsprüfungsausschusses nach Japan. Im Fokus standen der Austausch über Fragen der parlamentarischen Haushaltskontrolle sowie die Arbeit des japanischen Rechnungshofes. Weitere Gesprächsschwerpunkte bildeten die japanische Geld- und Zinspolitik, die Entwicklung der Staatsverschuldung sowie der demographische Wandel.

Die Berichterstatter für den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung waren Ende April/Anfang Mai 2023 in Israel, in den Palästinensischen Gebieten und in Jordanien. Zentrale Themen ihrer Gespräche waren das deutsche Engagement im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit im Nahen Osten und die dort vom BMZ geförderten Projekte im Wassersektor, im Bildungswesen sowie in der Kommunalverwaltung. Einen Eindruck von der humanitären Situation im Nahen Osten verschaffte sich die Delegation u. a. beim Besuch zweier Flüchtlingslager in Jordanien.

Im Mai 2023 reisten Abgeordnete als Berichterstatter für den Einzelplan des Auswärtigen Amtes nach New York zu den Vereinten Nationen und weiter nach Chile, um sich über die Ausgabenentwicklung bei multi- und bilateralen Projekten und die deutschen Beteiligungen zu informieren.

Die fortwährende Begleitung europäischer Entscheidungsprozesse erfolgt im Haushaltsausschuss durch den Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union, der im Juni 2023 eine Delegationsreise nach Brüssel unternahm.

Wirtschaftsausschuss

Die erste Reise in der 20. Wahlperiode führte eine Delegation des Ausschusses im Juni 2022 nach Estland und Litauen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen das Thema Digitalisierung sowie die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Im Oktober 2022 reisten Mitglieder des Wirtschaftsausschusses in die USA. Die teils protektionistischen US-amerikanischen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung („Inflation Reduction Act“), strategische Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen der USA und Europa zu China, der Strukturwandel der amerikanischen Automobil- und Zulieferindustrie durch die E-Mobilität sowie insbesondere Innovations- und Start-up-Förderung waren Themen mit verschiedensten Gesprächspartnern in Washington D.C., Detroit und Boston.

Schweden und Finnland waren Ziele einer Delegationsreise Ende Mai 2023. Mit Parlamentariern und Wirtschaftsvertretern erörterten die Delegationsmitglieder Potenziale und aktuelle Herausforderungen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu beiden Ländern. Ein Schwerpunkt der Gespräche lag auf einer innereuropäischen Rohstoffförderung und resilienten Energieversorgung, wobei auch die zivile Nutzung von Kernenergie Thema war. Erörtert wurde auch die geostrategische Bedeutung des europäischen Schiffbaus und einer resilienten europäischen Netzwerkarchitektur im Bereich 5 G beziehungsweise 6 G.

Der Wirtschaftsausschuss pflegt zudem traditionell intensive und gute Beziehungen zu seinem Partnerausschuss in der französischen Nationalversammlung. In einer gemeinsamen Sitzung in Berlin Ende September 2023 berieten die beiden Ausschüsse intensiv über die aktuellen Herausforderungen der europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik.

Darüber hinaus empfing der Wirtschaftsausschuss eine Reihe weiterer internationaler Gäste in Berlin. Mit der Exekutiv-Vizepräsidentin und EU-Kommissarin für Wettbewerb, Margrethe Vestager, sprach der Ausschuss u. a. über den Industrieplan für den Grünen Deal. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton war Gast in einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Die Leiterin der Generaldirektion Handel der EU-Kommission war zweimal zu Gast im Wirtschaftsausschuss. Mit einem hohen Vertreter des australischen Außen- und Handelsministeriums sprach der Ausschuss über den Verhandlungsstand des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Australien. Der Ausschuss empfing zudem eine Delegation des Wirtschaftsausschusses des norwegischen Parlaments und gemeinsam mit dem Ausschuss für Klimaschutz und Energie Parlamentarier der Vereinigten Arabischen Emirate. Ende Mai 2023 war eine Delegation des Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste der Werchowna Rada der Ukraine zu Gast in Berlin. In den Gesprächen mit den ukrainischen Gästen brachten Mitglieder des Wirtschaftsausschusses ihre Solidarität und den Willen zur Unterstützung des ukrainischen Wiederaufbaus auch mithilfe der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck.

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Der Ausschuss beschäftigte sich im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten insbesondere mit den Auswirkungen der völkerrechtswidrigen Invasion der Russischen Föderation in die Ukraine auf die Bereiche Ernährung und Landwirtschaft, der Sicherung der internationalen Lieferketten in der Agrarwirtschaft, den Auswirkungen des Klimawandels auf die landwirtschaftliche Produktion, der globalen Ernährungssicherung sowie mit Fragen der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft.

Während einer Delegationsreise Ende Oktober/Anfang November 2022 nach Kenia und Sambia standen vornehmlich die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft, die globale Ernährungssicherung und die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Mittelpunkt. Die Mitglieder des Ausschusses interessierten sich auf ihrer Reise nach Spanien Mitte November 2022 vor allem für den Gemüse- und Obstanbau, die Herausforderungen bei den Arbeitsbedingungen im Landwirtschaftssektor sowie die Auswirkungen von Dürre und Trockenheit auf den Agrarbereich. Abgeordnete des Ausschusses informierten sich Ende Mai/Anfang Juni 2023 in Österreich und Italien über die Weidetierhaltung mit Schwerpunkt Herdenschutz und Umgang mit dem Wolf, den Wein- und

Obstanbau, den Waldumbau sowie über die Auswirkungen von Dürre auf den Agrarbereich unter besonderer Berücksichtigung des Reisanbaues.

Im Berichtszeitraum empfing der Ausschuss internationale Gäste im Deutschen Bundestag. Hierzu gehörte eine Delegation des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft und Verkehr des tschechischen Senats sowie eine Delegation des Ausschusses für Landwirtschaft des niederländischen Parlaments. Zudem traf sich der Ausschuss mit einer Delegation des Ausschusses für Landwirtschaft und Fischerei des flämischen Parlaments sowie mit einer Delegation des Ausschusses für Landwirtschaft der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments. Im Juni 2023 tauschten sich Mitglieder des Ausschusses im Rahmen eines digitalen Gesprächs mit dem für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission, Janusz Wojciechowski, über aktuelle Themen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung aus. Insbesondere ging es um die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union, EU (GAP), und den Green Deal der EU. Ferner kam der Ausschuss mit den Mitgliedern des „Club der Agrardiplomaten in Deutschland“, den bei 25 Botschaften in Berlin akkreditierten Agrarattachés, zu einem Austausch über aktuelle agrarpolitische Themen zusammen.

Im März 2023 partizipierten Mitglieder des Ausschusses zuhörend an einer digitalen Sitzung der Mitglieder des Ausschusses für Agrar- und Bodenpolitik der Werchowna Rada der Ukraine zur europäischen Umsetzung der ukrainischen Gesetzgebung im Bereich Forstwirtschaft, Wasserressourcen und Ökologie. Mitglieder des Ausschusses nahmen zudem online an zwei interparlamentarischen Treffen teil: an einer des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments im November 2021 mit Mitgliedern der zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente zur Erarbeitung von Strategieplänen zur GAP in jedem Mitgliedstaat sowie an einer des schwedischen Parlaments zur kreislauforientierten Bioökonomie im Februar 2023.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Im Berichtszeitraum beschäftigte sich der Ausschuss unter anderem mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Rentenreform und Fragen des Renteneintrittsalters, der Rentenberechnung, dem Einstieg in die teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung und der Erwerbsminderungsrente. Diese Aspekte der sozialen Sicherung stellte der Ausschuss daher auch in den Mittelpunkt von Delegationsreisen nach Norwegen/Schweden (Juni 2022) und Österreich (Dezember 2022).

Vor dem Hintergrund der Überarbeitung des Behindertengleichstellungsgesetzes und des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes sowie des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes führte der Ausschuss in Norwegen und Schweden auch Gespräche zum Thema Inklusion.

In Österreich lag ein weiterer Besuchsschwerpunkt auf der Ausgestaltung und den Erfahrungen mit der „Bildungskarenz“, die den Ausschuss in der Folge bei der Gesetzgebung zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung sowie der Fachkräftesicherung beschäftigte. Welche Rolle ältere Beschäftigte und Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Arbeits-/Fachkräfteeinwanderung dabei künftig spielen können, stellte der Ausschuss daher auch in den Mittelpunkt weiterer Delegationsreisen nach Kanada (Oktober 2022), Japan (Februar 2023) und Nordmazedonien/Albanien/Kosovo (September 2023).

Mit Blick auf die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern und die vereinbarte Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes reiste der Ausschuss nach Island (Mai 2023) und beschäftigte sich dort auch mit den Erfahrungen bei der Arbeitszeitreduzierung und -flexibilisierung sowie dem Stand der Arbeiten an einer berufsübergreifenden Vergleichbarkeit des Entgelts.

Zur Lohntransparenz sowie dem EU-Lieferkettengesetz und dem Klimasozialfonds führte der Ausschuss zudem Gespräche bei einer auswärtigen Sitzung in Delegationsstärke in Brüssel (Juni 2022).

Verteidigungsausschuss

Wie zum Ende der 19. Wahlperiode schränkte die Covid-19-Pandemie die Möglichkeiten des Verteidigungsausschusses für internationale Aktivitäten zu Beginn der 20. Wahlperiode noch erheblich ein. Ab Herbst 2022 konnten Ausschussmitglieder wieder Besuche in den Einsatzgebieten der Bundeswehr im gewohnten Umfang absolvieren. Für die Verteidigungspolitiker verbindet sich damit das Ziel, sich als Vertreterinnen und Vertreter des zuständigen Fachausschusses vor Ort ein Bild von dem Stand der Auftragserfüllung der Bundeswehr zu machen sowie sich über die Einsatzbedingungen der Soldatinnen und Soldaten zu informieren. Ausschussdelegationen besuchten im Oktober 2022 die Einsätze Counter DAESH/Capacity Building Iraq in Jordanien und im Irak sowie

im Januar 2023 EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina. Im Juni 2023 reisten Mitglieder des Verteidigungsausschusses dann zu politischen Gesprächen in die USA.

Ein weiteres Augenmerk des Ausschusses galt der Vertiefung der europäischen Kooperationen, insbesondere mit den französischen Verteidigungsausschüssen der Assemblée nationale und des Senats, die den Verteidigungsausschuss im Dezember 2022 in Berlin besuchten und ihn im Juni 2023 in Paris und Évreux empfingen. Im September 2022 kam der Verteidigungsausschuss der Niederlande zu einem eintägigen Besuch in den Bundestag. Im Mai 2023 lud der Verteidigungsausschuss den Ausschuss für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste der Werchowna Rada der Ukraine zu einem dreitägigen Besuch nach Berlin ein. Ebenfalls im Mai 2023 fand zudem auf Einladung der Ausschussvorsitzenden die Konferenz der Vorsitzenden der Verteidigungsausschüsse der Ostseeanrainerstaaten erstmals in Berlin statt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Tätigkeiten dieses Ausschusses zielen darauf ab, familienfreundliche Politik zu gestalten, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verbessern, ein selbstbestimmtes Leben älterer Menschen zu unterstützen, Kinder und Jugendliche in ihren Rechten zu stärken und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern. Bei den internationalen Aktivitäten des Ausschusses im Berichtszeitraum standen gleichstellungspolitische Themen im Vordergrund.

Von besonderer Bedeutung war die Reise einer Delegation des Ausschusses im März 2023 zur 67. Tagung der Frauenrechtskonferenz der Vereinten Nationen nach New York und zu sich daran anschließenden Gesprächen in Washington. Schwerpunkt der Frauenrechtskonferenz war das Thema „Innovation, technologischer Wandel und digitale Bildung für Geschlechtergleichstellung“. Die Bundestagsabgeordneten tauschten sich mit Parlamentarierinnen und Regierungsmitgliedern aus anderen Ländern und verschiedenen Organisationen zu Gleichstellungsthemen aus.

In Berlin führte der Ausschuss im Juni 2022 ein Gespräch mit südkoreanischen Parlamentarierinnen zur institutionellen Unterstützung der Gleichstellung von Frauen und Männern durch das verantwortliche Ministerium und den Ausschuss. Ebenfalls im Juni 2022 fand zwischen Ausschussmitgliedern und einem Vertreter des ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights, die zentrale Menschenrechtsinstitution der OSZE mit Sitz in Warschau) ein Gespräch zu institutionellen Mechanismen der Geschlechtergleichstellung statt.

Der Ausschuss empfing im Juli 2022 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus dem türkischen Unterausschuss für die Ermittlung und Lösung von Problemen von Frauen bei der Anpassung im Arbeits- und Familienumfeld zu einem Gespräch über die Gleichstellung von Frauen und Männern. Im Vordergrund eines Treffens mit einer Delegation von weiblichen Abgeordneten aus Indonesien und Malaysia im September 2022 stand das Thema „Frauen in der Legislative“. In einem Gespräch des Ausschusses mit einer Delegation von zwei Parlamentarierinnen und sechs Frauen- und Menschenrechtlerinnen und -rechtlern aus der autonomen Region Kurdistan im Irak diskutierten Mitglieder des Ausschusses im September 2022 über die institutionelle Einbindung von Frauenrechten und Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt. Anfang November 2022 fand ein Gespräch mit einer Delegation von fünf Parlamentarierinnen aus Albanien zu Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung statt.

Im Juni 2023 empfing der Ausschuss Mitglieder des Ausschusses für Frauen, Jugend und Menschen mit Behinderung des südafrikanischen Parlaments zu einem Austausch über die Stärkung der Frauenrechte, Gewalt gegen Frauen und Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Ausschuss für Gesundheit

Vor dem Hintergrund der von der Koalitionsregierung geplanten Legalisierung von Cannabis für Erwachsene reiste der Ausschuss im September 2022 nach Kanada und in die Vereinigten Staaten (Kalifornien). Der US-Bundesstaat Kalifornien hat diesen Schritt bereits 2016, Kanada im Jahr 2018 vollzogen und Cannabis in bestimmten Grenzen legalisiert. Der Austausch über die seitdem gewonnenen Erkenntnisse der Exekutive und Legislative, der Vollzugs-, Straf- und Kontrollbehörden sowie der Produzentinnen und Produzenten sowie der Konsumentinnen und Konsumenten dienten als Basis zur Vorbereitung einer vergleichbaren Gesetzgebung in Deutschland.

Eine andere Delegationsreise des Ausschusses führte im Oktober 2022 nach Finnland und fokussierte die Themen Prävention und Gesundheitsförderung, Konzepte zur psychosozialen Krisenhilfe sowie die Ausbildung zur Community Health Nurse. Anlass der Reise war der zunehmende Mangel an Pflegefachkräften und die damit verbundene Notwendigkeit, das Gesundheitssystem ressourcenschonend umzugestalten. Die finnische Gesundheitsversorgung basiert stark auf einem präventiven Ansatz in allen Lebenswelten, damit Arztbesuche minimiert werden und Menschen länger ohne Pflege auskommen können. Die Delegation informierte sich über die niedrigschwelligen finnischen Präventionsangebote und die Einbindung der Unternehmen in diese Präventionsstrategie. Speziell ausgebildete Community Health und Public Health Nurses übernehmen bei der Primärversorgung und der Prävention eine zentrale Rolle. Essenziell ist in diesem Zusammenhang die nahezu vollständige Digitalisierung des finnischen Gesundheitssektors, wodurch Doppeluntersuchungen, falsche oder kontraindizierte Medikation vermieden und gesundheitliche Risikofaktoren früh identifiziert werden.

Die Reise des Gesundheitsausschusses nach Dänemark im Juni 2023 wurde durch die in Deutschland geplante Krankenhausstrukturreform und die Reform der Notfallversorgung initiiert. Dänemark hat bereits seit längerem sogenannte Super- oder Innovativkrankenhäuser, die eine umfassende Gesundheitsversorgung auf hohem medizinischem Niveau anbieten. Mit dieser Strukturreform ist die Digitalisierung des Gesundheitssystems untrennbar verbunden, denn die Nutzung von Gesundheitsdaten ist ein Schlüsselement im dänischen Gesundheitssystem. Daher verfügt das Land über eines der umfassendsten Gesundheitsregister der Welt. Hier holte sich die Delegation Anregungen für einen möglicherweise in Deutschland zu implementierenden Gesundheitsdatenraum. Auch die sehr effiziente dänische Notfallversorgung beruht im Wesentlichen auf der schnellen Bereitstellung von Gesundheitsdaten an die im Einsatz befindlichen Notfallteams, die mehr Handlungsmöglichkeiten als deutsche nichtärztliche Einsatzkräfte haben.

Der Unterausschuss Globale Gesundheit reiste unter dem Eindruck der Corona-Pandemie im September 2022 nach Genf (Schweiz), um sich mit zahlreichen Akteuren der Globalen Gesundheit über die Bemühungen zur Stärkung der künftigen globalen Pandemiebekämpfung und die Fortschritte bei der Bekämpfung von nicht übertragbaren Krankheiten und vernachlässigten Tropenkrankheiten zu informieren. Die Gesprächspartner betonten, zur Bekämpfung künftiger Pandemien müssten dauerhafte Strukturen geschaffen werden, die weltweit schnell aktiviert werden können. Große Bedeutung kommt hierbei dem Pandemievertrag zu, der derzeit in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verhandelt wird und bei dessen Entwicklung Deutschland eine wichtige Rolle übernimmt. Die zentrale Bedeutung der WHO bei der Pandemiebekämpfung und für die globale Gesundheit muss über die Pflichtbeiträge weiter finanziell gestärkt werden.

Verkehrsausschuss

Im Rahmen ihrer Reise nach Dänemark im Juni 2022 informierte sich eine Delegation des Verkehrsausschusses über den Bau der Fehmarnbelt-Querung, verbunden mit der Besichtigung der Baustellen für den Tunnel auf deutscher und dänischer Seite. Bei den Gesprächen, welche die Delegationsmitglieder während der Reise führten, waren die Hinterlandanbindung des Fehmarnbelt-Tunnels auf deutscher Seite und die Zukunft des Fährverkehrs wichtige Themen. Ein weiteres Schwerpunktthema der Reise waren Fragen des Fahrradverkehrs. Die Abgeordneten befassten sich im Rahmen der Reise außerdem mit allgemeinen Fragen der Schaffung von Verkehrsinfrastruktur in Dänemark, namentlich mit dem Planungsrecht in dem skandinavischen Land. Zudem ging es um die Häfen und die Schifffahrt sowie um die Eisenbahn in Dänemark.

Auf einer Reise in die US-Bundesstaaten Kalifornien und Washington im Juni 2023 informierte sich eine Delegation des Verkehrsausschusses über den Stand der technischen Entwicklung auf den Gebieten der Elektromobilität und des autonomen Fahrens. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Gespräche zum Thema nachhaltige und klimaneutrale Hafenwirtschaft und Digitalisierung. Vor dem Hintergrund der Olympischen Sommerspiele 2028 in Los Angeles informierten sich die Delegationsmitglieder ferner über Konzepte des ÖPNV. Beim Besuch der Firma Boeing wurden Fragen der Luftverkehrswirtschaft unter Berücksichtigung der Aspekte zukünftiger klimafreundlicher Luftfahrt erörtert.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Im Juni 2022 reiste eine sechsköpfige Delegation des Ausschusses nach Schweden. Thematische Schwerpunkte der in Stockholm und Östhammar geführten Gespräche waren der schwedische Prozess der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle, die schwedische Klimapolitik sowie die Wolfspolitik in dem skandinavischen Land.

Ein wichtiges Ziel einer weiteren Delegationsreise von Ausschussmitgliedern Ende Oktober/Anfang November 2022 nach Indien war der Besuch des Bundesstaates Sikkim. Aus Sicht des Ausschusses handelt es sich um eine in der Welt einmalige Vorzeigeregion: Es ist der erste Staat der Welt, der komplett auf ökologischen Anbau und auf eine Landwirtschaft ohne chemisch-synthetische Pestizide umgestellt hat. Die Reise führte die Abgeordneten von Neu Delhi nach Gangtok (Bundesstaat Sikkim), Bhubaneswar (Bundesstaat Odisha) und zurück nach Neu Delhi.

Ferner reiste eine Delegation des Ausschusses im Juni 2023 nach Madrid. Ziel des seit langem geplanten Besuches war es, sich über die spanischen Erfahrungen im Umgang mit der Wasser- und Biodiversitätskrise als zweiter globaler Krise neben der Klimakrise zu informieren. Die Delegationsreise, die nach den ursprünglichen Planungen zum Thema Wasserknappheit und Erdbeeranbau nach Andalusien fortgesetzt werden sollte, musste vorzeitig beendet werden, weil der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez nur eine Woche zuvor Neuwahlen angekündigt hatte und sich Spanien seitdem im Wahlkampf befand.

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Der Ausschuss hat im Berichtszeitraum drei Delegationsreisen unternommen, die jeweils mit seinen halbjährlichen Themenschwerpunkten verknüpft waren. So führte zum Schwerpunktthema des ersten Halbjahres 2022 „Menschenrechte und Sport“ die erste Delegationsreise im September 2022 in die Schweiz; den Anlass bildete die 51. Sitzung des VN-Menschenrechtsrates. Neben dem Austausch und der Vernetzung mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der in Genf ansässigen internationalen menschenrechtlichen und humanitären Institutionen (u. a. UNHCR, OHCHR, OCHA, IOM und IKRK) sowie von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen stand eine kritische Auseinandersetzung mit dem Internationalen Olympischen Komitee in Lausanne auf der Agenda.

Die zweite Delegationsreise unternahmen Ausschussmitglieder zum Schwerpunktthema des zweiten Halbjahres 2022 „Systemischer Wettbewerb – Menschenrechte als integraler Bestandteil der Weltordnung“ im Oktober 2022 nach Taiwan und Japan. In beiden Ländern wurden in den Gesprächen neben der Entwicklung des Verhältnisses zu China auch Themen wie die Todesstrafe, die Rechte von Migranten und Minderheiten, Geschlechtergerechtigkeit sowie Vergangenheitsbewältigung erörtert. Die Delegation traf neben Regierungsvertretern, darunter in Taiwan Präsidentin Tsai Ing-wen und Außenminister Joseph Wu, Abgeordnete sowie Repräsentanten von NGOs und der Zivilgesellschaft.

Während der Reise nach Serbien, Polen und Ungarn Ende Mai/Anfang Juni 2023 wurden die unterschiedlichen Sichtweisen der Gesprächspartnerinnen und -partner zum Schwerpunktthema des ersten Halbjahres 2023 „LGBTIQ-Rechte weltweit“ deutlich. Während Regierungsvertreterinnen wie die serbische Premierministerin Ana Brnabic, der polnische Staatssekretär im Justizministerium, Sebastian Kaleta, oder die ungarische Justizministerin Judit Varga die rechtlichen Fortschritte und nationalen Programme zum Schutz von LGBTIQ-Rechten sowie von Frauen und Minderheiten hervorhoben und ein positives Bild der Menschenrechtslage in den jeweiligen Ländern zeichneten, berichteten Angehörige der Opposition (zum Beispiel Mitglieder der Interparlamentariergruppe LGBTI des Sejm oder der ungarischen Nationalversammlung) sowie Vertreterinnen und Vertreter von NGOs und der Zivilgesellschaft von rechtlicher und tatsächlicher Diskriminierung bis hin zur Gewaltandrohung, von auch durch staatliche Stellen geschürte Ressentiments und fehlenden Schutzmaßnahmen für hiervon Betroffene.

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bilaterale Forschungszusammenarbeit, internationale Kooperation in Wissenschaft und Forschung, die Situation deutscher Wissenschaftler im Ausland sowie die berufliche Bildung waren die thematischen Schwerpunkte der Reisen des Ausschusses im Berichtszeitraum.

Eine Delegation des Ausschusses besuchte im Juni 2022 die EU-Institutionen in Brüssel. In ihren Gesprächen dort erörterten die Ausschussmitglieder aktuelle Themen der Forschungs- und Bildungspolitik auf europäischer Ebene. Vor allem ging es um Forschungsförderung, „Erasmus+“ und „Horizont Europa“ als größtes Forschungs- und Innovationsprogramm der Welt. Auch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die internationale Wissenschaftskooperation nach dem Brexit wurden von der Delegation thematisiert. Von Interesse für die Abgeordneten waren zudem die Themen Wissenschaftsfreiheit, EU-Hochschulpolitik und digitale Bildung.

Im Sommer 2022 hatten eine Reise nach Namibia und Südafrika und im Juli 2023 eine Reise nach Brasilien das Ziel, die bilaterale Forschungskooperation und die strategische Partnerschaft mit diesen Ländern zu stärken. Die

bei der Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern angestrebte Augenhöhe wird in Namibia insbesondere im Bereich Forschung deutlich. Die seit 25 Jahren bestehende intensive Zusammenarbeit bei Forschungsprojekten bildete einen Schwerpunkt der Gesprächstermine in Südafrika. Kernanliegen bei der strategischen Partnerschaft mit Brasilien ist zudem der weitere Ausbau der Zusammenarbeit.

Ende Mai/Anfang Juni 2022 besuchte eine Delegation des Ausschusses Schweden, das nach wie vor einer der Innovationsführer in der EU ist. Den Ausschussmitgliedern ging es vor allem um den Austausch zu Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationsbedingungen. Zudem besuchten sie die Europäische Spallationsquelle (ESS) in Lund. Das Programm der Delegationsreise sah zudem einen Aufenthalt in Kopenhagen vor, wo die Ausschussmitglieder unter anderem zu Gast in der Technischen Universität Dänemark waren.

In der Arktis vollzieht sich der Klimawandel doppelt so schnell wie im Rest der Welt. Die auf Spitzbergen konzentrierte europäische und insbesondere deutsche Polarforschung ist ein wichtiger Beitrag, um den Klimawandel zu verstehen und Antworten auf diese Herausforderung zu finden. Eine Delegationsreise bot Ausschussmitgliedern im August 2023 die seltene Möglichkeit, die beiden deutschen Forschungswerkzeuge, das Forschungsschiff „Polarstern“ und die AWIPEV Station auf Spitzbergen, im räumlichen Zusammenhang zu besuchen.

Den Schwerpunkt Gesundheitsforschung hatte ein Delegationsbesuch im August 2023 in New York und Boston in den USA. Bei beiden Standorten konnten die Ausschussmitglieder mit führenden Unternehmen der Medikamentenentwicklung in einen Informationsaustausch eintreten und die weltweit exzellenten Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen medizinischen Forschungsstandort besichtigen. Zudem besuchten die Bundestagsabgeordneten die ebenfalls in Boston stattfindende Tagung des German Academic International Network (GAIN).

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Themenschwerpunkt der Arbeit des Ausschusses war im Berichtszeitraum die Überprüfung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und deren Fortschritte beim Erreichen der siebzehn „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (Sustainable Development Goals, SDGs). So verschaffte sich eine Ausschussdelegation im Juni 2022 in Marokko einen Eindruck von Projekten im Bereich „Bezahlbare und saubere Energie“ (SDG 7). Die Bundestagsabgeordneten sprachen dazu mit Marokkos Energieministerin und besuchten den Solarkomplex NOOR in Ouarzazate, der 580 Megawatt Strom produziert. Bei der Weiterreise nach Tunesien kam es zu Treffen der Ausschussmitglieder mit Ministerpräsidentin Nejla Bouden und dem Wirtschaftsminister. Die Delegation erhielt im Digitalzentrum „The DOT“ einen Einblick in die digitale Transformation und Innovationen (SDG 9) des Landes. Schließlich ging es in Algerien für die Delegation um „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ (SDG 11); die Ausschussmitglieder besuchten Relizane und Tipasa, um sich Projekte zum Schutz der Umwelt und der Biodiversität in den Küstenregionen Algeriens anzusehen, und tauschten sich mit örtlichen Funktionsträgerinnen und -trägern aus.

„Keine Armut“ (SDG 1) und „Kein Hunger (SDG 2) bildeten die Themenschwerpunkte der Delegationsreise nach Malawi im Juli 2022. Bei Begegnungen mit dem Staatspräsidenten und dem Finanzminister machten die Abgeordneten deutlich, dass die deutsche EZ das Land bei der Nahrungsmittelsicherheit und Ernährungssouveränität weiterhin unterstützen werde; dazu gehört auch ein Projekt zum „Leben unter Wasser“ (SDG 14). Auf der nächsten Station ihrer Reise besuchte die Delegation in Südafrika unter anderem die Ndlovu Health Group, das Pharmaunternehmen BIOVAC und die Stellenbosch Universität, und erörterte Fragen zum Themenkomplex „Gesundheit und Wohlergehen“ (SDG 3). Die Abgeordneten informierten sich über die herausragenden Leistungen bei der Impfstoffforschung Südafrikas während der Corona-Pandemie.

Im Oktober 2022 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Osttimor (Timor Leste), um sich über letzte Maßnahmen und Projekte der deutschen bilateralen EZ zu informieren, die planmäßig im Jahr 2023 eingestellt wurde. Bei einem Treffen mit dem Präsidenten der Republik Timor Leste machten beide Seiten deutlich, dass auch nach dem Ende der EZ eine enge Verbundenheit bestehen bleibe. Bei dem sich anschließenden Besuch Indonesiens wurden die Themen „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“ (SDG 12) sowie „Maßnahmen zum Klimaschutz“ (SDG 13) weiter vertieft; die Delegation besuchte verschiedene Projekte zu Waldschutz und Walderhalt wie „Fair-ventures Worldwide“ auf Borneo.

Bei der Reise von Ausschussmitgliedern nach Kolumbien Ende Oktober/Anfang November 2022 ging es um „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ (SDG 16). Der Bürgerkrieg und die Umsetzung des Friedensabkommens, bei dem Deutschland sich engagiert, spielten in zahlreichen Gesprächen und bei Projektbesuchen eine Rolle. In diesem Zusammenhang lernten die Abgeordneten das Projekt „ProPaz II“ kennen. Danach besuchten sie

in Bolivien Projekte zu „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“ (SDG 6), unter anderem die Wasseraufbereitungsanlage Alto Lima.

Beim Aufenthalt einer Delegation des Ausschusses in Tansania im Februar 2023 waren Schutzgebietsmanagement, Naturschutz und Menschenrechte die Programminhalte. Vor dem Hintergrund „Leben an Land“ (SDG 15) fanden Termine mit der damaligen Umweltministerin und Verantwortlichen der Nationalparks statt. Auf der Weiterreise nach Kenia besuchten die Bundestagsabgeordneten ein Projekt zur Förderung von jungen Mädchen der Organisation „Deutsche Stiftung Weltbevölkerung“. Die Delegation konnte feststellen, dass für die Entwicklung eines Landes „Geschlechtergerechtigkeit“ (SDG 5) entscheidend ist. Dazu brauchen Frauen und junge Mädchen auch eine „Hochwertige Bildung“ (SDG 5).

Bei den Gesprächen in der Demokratischen Republik Kongo, unter anderem mit der Umweltministerin und der Planungsministerin Ende Mai/Anfang Juni 2023 wurde deutlich, dass der zweitgrößte Tropenwald im Kongobecken verstärkt geschützt werden muss. Die Abgeordneten besuchten das mit Mitteln der Europäischen Union geförderte Biosphärenreservat „Luki“, wo man Schutzmaßnahmen gegen die abgeholzten Mayombe-Wälder installiert. Das Land wünscht sich von Deutschland mehr Investitionen, damit es mehr „Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (SDG 8) generieren kann.

Ausschuss für Tourismus

In Italien war die Lombardei besonders stark von der Covid-19-Pandemie betroffen. Im Vordergrund einer Delegationsreise nach Mailand und Venedig im Juni 2022 stand daher der Informationsaustausch unter dem Eindruck der Auswirkungen der Pandemie. Mailand als Messestadt erlitt massive Verluste beim Geschäftsreise- und Messtourismus. Die Gesprächspartner erläuterten, dass Italien die Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU nutze, um die schweren Folgen der Pandemie zu bewältigen. In Venedig wurden darüber hinaus die Probleme des Massentourismus und der Luftverschmutzung durch Kreuzfahrtschiffe thematisiert. Massentourismus werde durch Tagestouristen aus dem Umland verursacht, erfuhren die Abgeordneten. Die Stadt plane daher ein „Eintrittsgeld“ für Tagestouristen. Die Kreuzfahrtschiffe, von denen auch deutsche Schiffe ab einer gewissen Größe betroffen seien, dürften nicht mehr in die Lagune einfahren. Mit außerhalb liegenden, neuen Terminals sollen die Probleme gelöst werden.

Die massiven Auswirkungen der Covid-19-Pandemie waren auch Thema einer Delegationsreise des Ausschusses im Dezember 2022 nach Marokko. Die marokkanischen Gesprächspartner machten deutlich, dass deutsche Unterstützung beim (Wieder-)Aufbau des Tourismus willkommen sei. Über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) solle auch der ländliche Raum als Tourismusdestination weiter ausgebaut werden. Dabei solle der Schutz der Natur in Zukunft noch mehr im Vordergrund stehen. Als ein großes Problem für den Wiederaufbau des Tourismus, insbesondere für die Ferienregion um Agadir, wurden die fehlenden Direktflüge aus Deutschland genannt. Eine Wiederaufnahme der Direktflüge durch ausländische Low cost-Anbieter sei wünschenswert beziehungsweise erforderlich, sagte man den Abgeordneten.

Seit über zwanzig Jahren gibt es einen regelmäßigen tourismuspolitischen Austausch zwischen Kroatien und Deutschland. Während einer Delegationsreise nach Kroatien im Mai 2023 besuchten Mitglieder des Ausschusses die Regionen Istrien und Primorje Gorski-Kotar sowie die Hauptstadt Zagreb. Bei den Gesprächen mit der Tourismusministerin, dem korrespondierenden Ausschuss für Tourismus, der Kroatisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des kroatischen Parlaments, der istrischen Regionalregierung, Bürgermeistern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Tourismuswirtschaft standen die Folgen des Massentourismus und die Strategien zur Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Angebots im Mittelpunkt. Ebenso ging es um Nachhaltigkeit, die Ausweitung der Hauptsaison in Richtung Ganzjahrestourismus und die Entwicklung des Tourismus im Landesinneren.

Ausschuss für Kultur und Medien

Die Freiheit von Kunst, Kultur und Presse gehört zu den zentralen Themen des Ausschusses. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die Bedeutung dieses Themas weiter gewachsen. Der Krieg treibt Journalistinnen und Journalisten, Künstlerinnen und Künstler sowie andere Intellektuelle ins Exil. Viele von ihnen suchen in Deutschland Zuflucht, sehr viele von ihnen reisen nach Georgien aus. Wie Georgien mit der Einwanderungswelle umgeht und welche Chancen Medien- und Kulturschaffende aus Russland, Belarus und der Ukraine haben, ihre Arbeit in Georgien fortzusetzen, hat eine Delegation des Ausschusses im Dezember 2022 in Tiflis erkundet. Die Abgeordneten informierten sich über die Bedingungen, die die dortige Kultur- und Medienlandschaft prägen und loteten aus, welche Möglichkeiten es für sinnvolle Kooperationen zur Stärkung der Freiheit in diesen Sektoren

gibt, beispielsweise mit Hilfe der Deutschen Welle oder von anderen deutschen Kulturmittlern. Bearbeitet wurden zudem Fragen der Erinnerungspolitik, die ein weiteres zentrales Thema des Ausschusses ist. Dabei interessierte die Ausschussmitglieder besonders der Umgang mit der Geschichte Georgiens als Teil der Sowjetunion.

Zahlreiche Besuche internationaler Gäste prägten die Aktivitäten des Ausschusses in Berlin. So empfingen die Abgeordneten mehrere Gruppen im Rahmen des Besuchsprogramms der Bundesrepublik Deutschland, zu denen Journalistinnen und Journalisten sowie Kulturschaffende aus aller Welt gehörten. Oft kamen diese Gäste aus Ländern, in denen die Freiheitsrechte nicht garantiert sind. Ins Gespräch kam der Ausschuss außerdem mit ukrainischen Teilnehmerinnen deutscher Stipendienprogramme im Bereich Kultur und Medien.

Ausschuss für Digitales

Eine Delegation dieses Ausschusses reiste im Juni 2022 nach Estland und Finnland, um Gespräche mit Abgeordneten der dortigen Parlamente über digitale Strategien, Cybersicherheit sowie Desinformation in den sozialen Medien zu führen. Darüber hinaus trafen sich die Delegationsmitglieder mit Vertretern der Regierungen sowie mit Repräsentanten verschiedener Verbände, der Zivilgesellschaft sowie von Think Tanks und erörterten mit diesen ein breites Themenfeld im Hinblick auf die Digitalisierung in beiden Ländern. Die Abgeordneten erhielten dabei wertvolle Anregungen für ihre Arbeit im Ausschuss. Estland und Finnland verfügen bei der Digitalisierung über einen großen Erfahrungsschatz, der für den Ausschuss von besonderem Interesse ist.

Im Mittelpunkt einer Delegationsreise des Ausschusses nach Japan und Südkorea im Oktober 2022 standen die Themen Cybersecurity, Künstliche Intelligenz, Digital Health, Quantencomputing, Digitalisierungskonzepte und Gaming. Die Gespräche mit Abgeordneten der jeweiligen Parlamente, Vertretern der Regierungen, von Unternehmen, verschiedenen Verbänden und Organisationen brachten einen hohen Erkenntnisgewinn für die zukünftige Arbeit des Ausschusses. Im Januar 2023 fand zur Nachbereitung der Reise ein Gespräch der Ausschussvorsitzenden und des Leiters der Delegation mit dem japanischen Botschafter in Deutschland statt, bei dem verschiedene Digitalisierungsthemen vertieft erörtert wurden.

Eine Delegation des Ausschusses konnte während ihres Besuchs von Kenia und Ruanda im Juli 2023 den direkten Kontakt zu wichtigen Partnern der digitalen Transformation in den beiden Ländern herstellen. Hierzu führten die Abgeordneten Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Parlamente und der Regierungen, mit Akteuren internationaler Institutionen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der politischen Stiftungen, der in den dortigen Digitalmärkten agierenden Firmen sowie Mitarbeitenden von Innovationszentren. Neben dem bilateralen Informationsaustausch zu IT-gestützten Lösungen wurden auch die Chancen und Risiken im Umgang mit Künstlicher Intelligenz erörtert und die Ausschussmitglieder setzten sich mit den Arbeitsbedingungen von Content-Moderatoren vor Ort auseinander. Durch den intensiven Austausch mit den Gesprächspartnern hat die Delegation wertvolle Informationen und Anregungen für die zukünftige Arbeit gewonnen.

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ist eines der zentralen Themen im Ausschuss. Aufgrund der großen Erfolge, die Singapur in diesem Bereich vorweisen kann, hat der Ausschuss im Oktober 2022 eine Delegationsreise dorthin unternommen. Singapur hat in der Mitte des 20. Jahrhunderts das Housing & Development Board (HDB) gegründet, das über die Jahrzehnte in einem umfangreichen strategischen Planungsprozess mit dem Leitbild „City in Nature“ 1,2 Millionen subventionierte und deshalb bezahlbare Wohnungen für ca. 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Stadt gebaut hat.

Im November 2022 besuchte eine Delegation des Ausschusses die Städte Den Haag, Rotterdam und Amsterdam in den Niederlanden. Einen Schwerpunkt der Reise bildete die Besichtigung und Besprechung mit Projektverantwortlichen zur erfolgreichen Transformation von Flächen in neue Wohnungs- und Siedlungsgebiete in den Städten Rotterdam und Amsterdam. Durch Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern, Experten, Projektmanagern und Architekten informierte sich der Ausschuss umfassend über diese Ansätze in der niederländischen Wohnungsbaupolitik.

Ausschussmitglieder konnten sich über die Instrumente zur Förderung des Wohnungsbaus und die besonderen Rahmenbedingungen für Wohnraummieten in der Schweiz auf einer Delegationsreise im Juni 2023 in die Städte Bern und Zürich mit Gesprächspartnern auf Bundes- und Kommunalebene austauschen. Zudem lernten die Abgeordneten herausragende Projekte des genossenschaftlichen Wohnungswesens kennen. Innovative Lösungsansätze durch den Einsatz modernster Technologien in der Stadtplanung und beim Bauen stellten Experten der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich vor.

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Für den Ausschuss standen im Berichtszeitraum die Sicherung der Energieversorgung angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität im Vordergrund. Daher suchte der Ausschuss internationale Kontakte, um sich über die kurzfristige Erschließung neuer Energiequellen sowie den Austausch über Wege für die mittel- und langfristige Dekarbonisierung hin zur Klimaneutralität auszutauschen.

Auf einer Delegationsreise nach Norwegen im Juni 2022 ging es im Wesentlichen um die schnelle Substituierung des Bezuges russischen Gases durch norwegisches, die Abscheidung und Lagerung von CO₂, Elektromobilität und Potentiale für Windkraft auf See. Wegen der besonderen klimatischen Bedingungen für die Gewinnung erneuerbarer Energien, insbesondere der Sonneneinstrahlung, besuchten Ausschussdelegationen darüber hinaus im März 2023 die Länder Spanien und Portugal sowie im Juni 2023 Marokko. In Portugal tauschten sich die Abgeordneten in Gesprächen zudem über die sozialen Folgen der gestiegenen Energiepreise aus, in Spanien erörterten sie Themen wie eine nachhaltige Stadterneuerung und die Energieeffizienz im Gebäudesektor. In Marokko wurde für die Ausschussdelegation deutlich, dass für die Nutzung von Sonnenenergie zur Herstellung von H₂ die Verfügbarkeit von Wasser eine enorme Herausforderung ist.

Im Rahmen seiner Reisen machte sich der Ausschuss ein Bild von unterschiedlichen Technologien, insbesondere zur Nutzung von Sonnenenergie, Wind- und Wasserkraft sowie deren Einsatz für die Erzeugung von grünem Wasserstoff. Für die Abgeordneten hatten die geführten Gespräche und Besichtigungen das Ziel, voneinander zu lernen sowie Potentiale für eine Zusammenarbeit zu erkunden. Bei allen drei Delegationsreisen stieß der Ausschuss auf den gemeinsamen Willen zur Dekarbonisierung mit jeweils unterschiedlichen länderspezifischen Instrumenten. Allseits bestand Interesse an guten bilateralen energiepolitischen Beziehungen. Deutlich wurde, dass für das Einhalten der international verabredeten Klimaziele eine enge Zusammenarbeit unverzichtbar ist, von der alle Beteiligten profitieren können. Den Abgeordneten wurde in allen besuchten Ländern vermittelt, dass man sich nicht einseitig als Energielieferant für Deutschland sieht, sondern an einer auf Gegenseitigkeit angelegten Beziehung interessiert ist.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Die aktuellen Herausforderungen der Europapolitik vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine prägten die Inhalte der Delegationsreisen wie auch der zahlreichen Gespräche in Berlin mit Vertretern der EU-Mitgliedstaaten, Kandidatenstaaten oder assoziierten Staaten sowie den Europäischen Institutionen. Der Ausschuss pflegt neben spezifischen Reisevorhaben regelmäßige Austauschformate wie die Konferenz der EU-Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes (COSAC) oder Delegationsreisen in die jeweiligen Hauptstädte, die halbjährlich stattfinden und dem Wechsel in der Ratspräsidentschaft folgen.

Im März 2022 nahmen vier Mitglieder des Ausschusses an der COSAC unter französischem Vorsitz teil, dieses Mal wieder in Präsenz in der französischen Nationalversammlung. Anfang Juni 2022 reiste eine Delegation nach Bern und Genf, um nach dem Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens 2021 über die neuen Vorschläge für Verhandlungen mit der EU und die Reichweite des Neutralitätsgebots angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine zu sprechen. Zu Beginn des tschechischen Ratsvorsitzes reiste eine Delegation im September 2022 nach Prag zum Austausch über die Schwerpunkte des Vorsitzes, darunter die stark gestiegenen Energiekosten. Im November 2022 nahmen Mitglieder des Ausschusses an der COSAC-Konferenz in Prag teil.

Ende Oktober 2022 reisten Mitglieder des Ausschusses zu eintägigen Gesprächen über den Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie zu Gesprächen mit dem Europäischen Gerichtshof und der Europäischen Investmentbank nach Luxemburg. Anfang Dezember 2022 trafen Mitglieder des Ausschusses in Brüssel unter anderem Kommissionspräsidentin von der Leyen, Vizepräsidentin Jourová und Vizepräsident Dombrovskis zu Gesprächen u. a. über Rechtsstaatlichkeit, Energie und Versorgungssicherheit, den Inflation Reduction Act (IRA), den European Media Freedom Act (EMFA) und die europäische Perspektive der Ukraine, der Republik Moldau sowie Georgiens. Zu Beginn des schwedischen Ratsvorsitzes reisten Abgeordnete aus dem Ausschuss Ende Januar 2023 nach Stockholm zu Gesprächen über die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die Energieversorgung, über Rechtsstaatlichkeit und die Beitrittsanträge Schwedens und Finnlands zur NATO. Diese sowie weitere Themen waren auch Gegenstand der COSAC-Konferenz in Stockholm, an der im Mai 2023 eine vierköpfige Ausschussdelegation teilnahm.

Im Februar 2023 führten Mitglieder des Ausschusses in Dublin Gespräche über die Erweiterung der EU und damit verbundene institutionelle Reformen, die Klimaziele und den Einsatz von Windenergie sowie die Implementierung des Karfreitagsabkommens und die Bemühungen um einen Kompromiss zum sogenannten Nordirlandprotokoll. Die Vereinbarung über das sogenannte Windsor-Rahmenabkommen zur Umsetzung des Nordirlandprotokolls, der Wunsch des Vereinigten Königreiches nach einer strukturierten Zusammenarbeit mit der EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine waren die Schwerpunktthemen des Besuches von Mitgliedern des Ausschusses in London im März 2023. Im Mai 2023 machte sich eine Delegation im georgischen Tiflis ein Bild vom Stand der Reformbemühungen zur weiteren Annäherung des Landes an die EU. Mitte Juli 2023 reiste eine Delegation nach New York, Washington und Spartanburg zu Gesprächen über Handels- und Investitionsfragen sowie über die geopolitische Neuordnung in Europa und weltweit. Anlässlich der Übernahme des Ratsvorsitzes durch Spanien führte der Ausschuss im September 2023 Gespräche in Madrid.

Im Berichtszeitraum empfing der Ausschuss zahlreiche Regierungsvertreter und Abgeordnete u. a. aus Albanien, Nord-Mazedonien, der Ukraine, Moldau, Georgien, Spanien, Zypern und Italien. Der Ausschuss führte in Präsenz und per Videokonferenz eine Vielzahl von Gesprächen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission. Zu den Entwicklungen in der Ukraine und in Moldau entwickelte der Ausschuss zudem hybride Formate mit Vertretern der Zivilgesellschaft, der EU-Kommission und der Regierungen. In Brüssel nahmen Abgeordnete des Ausschusses an interparlamentarischen Konferenzen teil, u. a. zum Westbalkan. Ebenso nahmen der Vorsitzende und weitere Mitglieder des Ausschusses an virtuellen Gesprächen der COSAC teil, sogenannten Agoren.

Petitionsausschuss

Mitglieder dieses Ausschusses empfingen im Berichtszeitraum Delegationen aus dem In- und Ausland, um mit ihnen anregende und informative Gespräche zu führen. So besuchten eine Delegation des Petitionsausschusses des türkischen Parlaments sowie eine Delegation von Parlamentariern aus Thailand den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. In diesen Gesprächen stellten die Parlamentarier und Parlamentarierinnen den Aufbau des Petitionswesens ihrer Länder ausführlich dar.

Im Juni 2023 führte eine Delegationsreise des Ausschusses nach Warschau und Wien. Schwerpunkte der Gespräche waren das Petitions- und Ombudswesen in Polen und Österreich.

Die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly lud im April 2022 zur jährlichen Europäischen Konferenz des Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten und Petitionsausschüsse nach Straßburg ein, an der für den Bundestag die Vorsitzende des Petitionsausschusses teilnahm. Auf dieser Konferenz, die sie gemeinsam mit der französischen Bürgerbeauftragten Claire Hédon organisierte, wurden vor allem Themen wie der Umgang mit Flüchtlingen – insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine – sowie die Herausforderungen des Digitalisierungsprozesses für die öffentlichen Verwaltungen erörtert.

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Die internationalen Aktivitäten des sogenannten 1. Ausschusses beschränkten sich in der ersten Hälfte der 20. Wahlperiode auf Gespräche mit ausländischen Delegationen in Berlin. Im Februar 2022 fand ein Informationsaustausch mit dem Vorsitzenden des Immunitätsausschusses des Parlaments der Mongolei zu Fragen des Immunitätsrechts statt. Im Mai 2022 traf sich eine Delegation von Abgeordneten des Mandats- und Immunitätsausschusses der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Tschechischen Republik mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses. In dem intensiven Meinungs austausch wurden insbesondere Fragen des Ordnungsrechts im Plenum und in den Ausschüssen sowie Möglichkeiten zur Begrenzung der Redezeit einzelner Abgeordneter erörtert. Schließlich traf sich ein Abgeordneter des portugiesischen Parlaments zu einem Austausch mit mehreren Abgeordneten des Geschäftsordnungsausschusses, um über aktuelle Fragen der Transparenz parlamentarischen Handelns und Verhaltensregeln zu sprechen.

Untersuchungsausschuss Afghanistan

Auf Initiative des Untersuchungsausschusses im Parlament der Niederlande zur Aufarbeitung des Krisenmanagements und der Evakuierung nach Ende des niederländischen Afghanistan-Einsatzes im Sommer 2021 fand Ende Mai 2023 in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages ein inhaltlicher Austausch zwischen den Vorsitzenden der beiden Untersuchungsausschüsse statt. Im Verlauf des Gesprächs zeigten sich große Gemeinsamkeiten

hinsichtlich bereits gewonnener Erkenntnisse und sich abzeichnender Themenschwerpunkte für den weiteren Untersuchungsforgang. Inhaltlich standen die Themen Fehleinschätzung der Sicherheitslage in Kabul und bürokratische Entscheidungsstrukturen im Vordergrund.

Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit

Mitglieder der Kommission empfangen im Berichtszeitraum zwei Delegationen aus Südkorea und Thailand, mit denen sie über die jeweiligen Wahlsysteme sowie die Arbeit der Kommission sprachen. Vor dem Hintergrund einer im Jahr 2019 erfolgten Reform des Wahlrechts in Südkorea, bei der die Mehrheits- und Verhältniswahl kombiniert wird, interessierte sich die Delegation aus der Nationalversammlung Südkoreas insbesondere für die Überlegungen zur Reform des Wahlrechts in Deutschland. Schwerpunkte des Gesprächs mit der Delegation aus dem Thailändischen Repräsentantenhaus waren neben dem Wahlrecht auch parteirechtliche Fragen.

4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu Sitzungen der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU. Die Bundestagspräsidentin vertritt den Deutschen Bundestag auf den verschiedenen Parlamentspräsidentenkonferenzen. Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation.

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die regelmäßig am Sitz der Versammlung in Straßburg tagt, finden die Sitzungen der übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen beziehungsweise ihrer Gremien werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In den internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen beziehungsweise deren Gremien haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als Präsidenten, Vizepräsidenten oder Schatzmeister einer Versammlung sowie als Ausschussvorsitzende, Berichterstatter oder Beauftragte. Die durch die Mitarbeit in den interparlamentarischen Gremien gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein. Gleichzeitig werden Parlamentarier anderer Länder mit den unterschiedlichen Meinungen vertraut gemacht, die in Deutschland zu politischen Fragestellungen vertreten werden.

Über die zentralen Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden amtliche Unterrichtungen erstellt und als Bundestagsdrucksachen verteilt. Diese werden in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages beraten, dort zur Kenntnis genommen beziehungsweise gegebenenfalls im Plenum erörtert.

Interparlamentarische Union (IPU)

1889 wurde die IPU gegründet. Seitdem verfolgt sie das Ziel, den Erfahrungs- und Meinungs austausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu fördern. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen.

Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie junger Parlamentarier und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.

Der IPU gehören 179 nationale Parlamente sowie 14 assoziierte parlamentarische Versammlungen an. Seit 2002 hat die IPU einen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Im November 2021 hat die 143. Versammlung in Madrid stattgefunden, in der die teilnehmenden Abgeordneten sich mit dem Thema „Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie – Spaltung überwinden und die Gemeinschaft stärken“ auseinandersetzten. Im März 2022 nahm eine Delegation des Deutschen Bundestages an der 144. Versammlung im indonesischen Nusa Dua teil. Hier diskutierten die Teilnehmenden in der Generaldebatte das Thema „Der Weg zur Klimaneutralität: Mobilisierung der Parlamente zum Handeln gegen den Klimawandel“. Wegen des unmittelbar zuvor begonnenen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine nahm die Versammlung außerdem einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Die friedliche Beendigung des Krieges in der Ukraine unter Wahrung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der territorialen Integrität“ an. Abgeordnete des Bundestages haben auch an der 145. Versammlung im Oktober 2022 in Kigali, Ruanda, teilgenommen, die sich in der Generaldebatte dem Thema „Geschlechtergleichstellung und geschlechtersensible Parlamente als Motor des Wandels für eine resilientere und friedlichere Welt“ widmete. Im März 2023 fand die 146. Versammlung in Manama, Bahrain, statt, an der ebenfalls Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilnahmen. Die Generaldebatte stand hier unter dem Thema „Friedliche Koexistenz und inklusive Gesellschaften fördern: Intoleranz bekämpfen“.

Neben den Versammlungen lädt die IPU regelmäßig zu weiteren parlamentarischen Treffen ein, beispielsweise am Rande von Regierungskonferenzen. Abgeordnete nahmen an den folgenden IPU-Veranstaltungen teil: Parlamentarische Anhörungen bei den Vereinten Nationen in New York, Konferenz junger Parlamentarier in Sharm El Sheikh, Migrationskonferenz in Istanbul. Außerdem nahmen Abgeordnete an den Treffen der geopolitischen Gruppe der 12 Plus teil, der die deutsche Delegation innerhalb der IPU angehört.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments – ASGP), die das Ziel hat, den Austausch zwischen den Parlamentsverwaltungen zu stärken. Die ASGP tagte im Berichtszeitraum parallel zu allen IPU-Versammlungen. Der Deutsche Bundestag ist in der ASGP durch den Direktor beim Deutschen Bundestag vertreten.

Parlamentarische Versammlung des Europarates (PVER)

Dem Europarat gehören 46 Mitgliedstaaten an, darunter alle Mitgliedsländer der EU. Die Russische Föderation wurde im März 2022 aufgrund des Aggressionskrieges gegen die Ukraine aus dem Europarat ausgeschlossen. Die Organe des Europarates sind das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung (PVER), die sich aus 306 Abgeordneten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zusammensetzt und viermal jährlich im Plenum tagt. Neben den Sitzungswochen der PVER in Straßburg beraten sich die Parlamentarier in sechs Fachausschüssen und drei besonderen Ausschüssen. Die Ausschusssitzungen finden sowohl während der Sitzungswochen als auch in Abständen von etwa sechs bis acht Wochen in einem der Mitgliedstaaten des Europarates statt. Pandemiebedingt wurden die Sitzungswochen der PVER im Berichtszeitraum zunächst im Hybridformat veranstaltet. Seit Juni 2022 finden die Sitzungswochen der Versammlung wieder in Präsenz in Straßburg statt.

Ziele des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Dazu entwickelt er Normen und Standards und unterstützt die sie ratifizierenden Mitgliedstaaten bei deren Umsetzung. Für alle Mitgliedstaaten verpflichtend ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) urteilt bei Beschwerden über Verletzungen der Konvention, die von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten nach Abschluss des nationalen Rechtswegs geltend gemacht werden können. Die Richter am EGMR werden von der PVER gewählt.

Der Deutsche Bundestag wählt 18 ordentliche Mitglieder in die PVER.

Ein Schwerpunktthema während des Berichtszeitraums war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Am 25. Februar 2022 suspendierte das Ministerkomitee das Vertretungsrecht der Russischen Föderation im Europarat mit sofortiger Wirkung. Im Anschluss an eine Sondersitzung der PVER wurde Russland am 16. März 2022 nach 26 Jahren Mitgliedschaft aus dem Europarat ausgeschlossen. Während der Europarat alle Beziehungen mit der belarussischen Regierung im März 2022 suspendierte, wurde die Zusammenarbeit mit der belarussischen Opposition und Zivilgesellschaft seit September 2022 gestärkt. Die Versammlung verabschiedete in mehreren Sitzungswochen Empfehlungen und Entschlüsse zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. So forderte die PVER zum Beispiel die Einrichtung eines Ad hoc Sondertribunals, eines internationalen Schadensregisters und den Ausschluss russischer und belarussischer Athleten von den Olympischen und Paralympischen Spielen 2024.

Des Weiteren verurteilte die Versammlung die Verschleppung ukrainischer Kinder und Zivilisten nach Russland oder in von Russland besetzte ukrainische Gebiete.

Große Aufmerksamkeit lag im Berichtszeitraum außerdem auf den Vor- und Nachbereitungen des Vierten Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Europarates am 16./17. Mai 2023. Der letzte Gipfel des Europarates fand 2005 in Warschau statt. In Zeiten des Ukraine-Krieges und zunehmender autoritärer Tendenzen in Europa diente der Gipfel in Reykjavik dazu, das Bekenntnis der Mitgliedstaaten zum Europarat zu bekräftigen und die Organisation für zukünftige Aufgaben vorzubereiten. Zentrale Ergebnisse des Gipfels waren die Unterstützung der Ukraine anhand der Einrichtung eines internationalen Schadensregisters, die Verabschiedung von gemeinsamen Prinzipien für Demokratie, das Wiederbekenntnis zur EMRK und die Verpflichtung zur Umsetzung der EGMR-Urteile sowie die Weiterentwicklung der Menschenrechte im Bereich der Umwelt und Künstlichen Intelligenz.

Auf Bitten des PVER-Präsidenten verabschiedete die Venedig-Kommission des Europarates im Juni 2023 eine Stellungnahme zur Übereinstimmung der Änderungen des Bundeswahlgesetzes mit europäischen Standards. Im Vorfeld hatten Mitglieder der Venedig-Kommission Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aller politischen Fraktionen in Berlin geführt.

Weitere thematische Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren die Nicht-Umsetzung der Urteile des EGMR, der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan in der Region Bergkarabach, das im Mai 2022 gestellte Beitritts-gesuch des Kosovo zum Europarat, die Impfpflicht, die europäische Migrationspolitik und der Schutz von Minderheiten, wie zum Beispiel der LGBTI-Gemeinschaft.

Deutsche Delegationsmitglieder übernahmen Berichte zu vielfältigen Themen des Europarates und legten der PVER Berichte über „Das anhaltende Bedürfnis der Wiederherstellung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit im Nordkaukasus“ und „Die Konsequenzen des Angriffs der Russischen Föderation gegen die Ukraine“ vor. Unter deutscher und irischer Beteiligung wurde die Einhaltung der Verpflichtungen im Rahmen der Mitgliedschaft im Europarat durch San Marino untersucht. Deutsche Delegationsmitglieder übernahmen zudem Berichtsmandate zur „Untersuchung der Einhaltung der Verpflichtungen und Zusagen durch Serbien“, für die Situation im Iran, „Vermisste Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber – ein Aufruf zur Klärung ihres Schicksals“ sowie zum Thema „Förderung einer universellen Gesundheitsversorgung“.

Darüber hinaus nahmen deutsche Mitglieder an den Wahlbeobachtungsmissionen in Serbien und Montenegro teil. Unter deutscher Leitung erfolgte jeweils die PVER-Wahlbeobachtungsmission der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei im Mai 2023 sowie die Wahlbeobachtungsmission der bulgarischen Parlamentswahlen.

Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)

Die 1955 gegründete Nordatlantikversammlung (NAV), später in Parlamentarische Versammlung der NATO umbenannt, ist ein Diskussionsforum, in dem insgesamt 274 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den 31 NATO-Mitgliedsländern über sicherheits- und verteidigungspolitische Themen beraten.

Delegierte aus zehn assoziierten Staaten sowie eine zehnköpfige Delegation des Europäischen Parlaments können an den Tagungen teilnehmen. Weitere acht Länder entsenden parlamentarische Beobachterdelegationen. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen dem Nordatlantikrat und den Mitgliedsparlamenten. Durch ihre Aussprachen fördert sie die Entwicklung eines transatlantischen Solidaritätsgefühls und trägt zur Verwirklichung der Ziele und Werte des Atlantischen Bündnisses bei.

Die deutsche Delegation in der NATO PV setzt sich aus zwölf ordentlichen Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie sechs Mitgliedern des Bundesrates zusammen. Deutsche Abgeordnete üben in verschiedenen Gremien herausgehobene Funktionen aus und sind Mitglieder in den fünf Ausschüssen für Politik, Verteidigung, Demokratie und Sicherheit (bis Frühjahr 2021 „Zivile Dimension der Sicherheit“), Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technologie.

Auf Einladung eines Parlaments eines Mitglied- oder assoziierten Staates tritt die Versammlung jährlich zweimal – im Frühjahr und im Herbst – zu einer Plenartagung zusammen. Die fünf Fachausschüsse der Versammlung tagen drei- bis viermal jährlich. Die Ausschüsse erarbeiten auf der Grundlage eines durch die Versammlung festgelegten Arbeitsprogramms Berichte und Entschlüsse zu bündnispolitischen Themen, die in der Jahrestagung im Herbst verabschiedet werden. Die Entschlüsse richten sich an die Regierungen und Parlamente der

NATO-Mitgliedstaaten sowie an den Nordatlantikrat. Der NATO-Generalsekretär erstattet der Versammlung regelmäßig Bericht und tauscht sich mit den Versammlungsmitgliedern während der Jahrestagung aus. Im Berichtszeitraum fand im Mai 2022 die Frühjahrstagung nicht wie geplant im NATO-Partner Land Ukraine in der Hauptstadt Kiew sondern in Vilnius statt. Vor der Tagung besuchte die deutsche Delegation in Rukla den deutschen Anteil „enhanced Forward Presence battle group in Litauen“. Schwerpunkte der nachfolgenden Jahrestagung im November in Madrid 2022 und der Frühjahrstagung in Luxemburg im Mai 2023 waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Unterstützung der Ukraine in ihrem Verteidigungskampf und auf ihrem Weg in das Bündnis. An diesen Tagungen haben Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Seit 2000 bietet das „Parlamentarische Transatlantische Forum“ den Mitgliedern Gelegenheit, sich mit Repräsentanten des US-Kongresses, Expertinnen und Experten aus Denkfabriken und Regierungsvertretern über aktuelle sicherheitspolitische und das transatlantische Verhältnis betreffende Fragen auszutauschen. Das jährliche Forum findet in Washington D.C. statt und wird in Zusammenarbeit mit dem Atlantikrat der Vereinigten Staaten und der National Defense University organisiert.

Thematische Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, dessen Auswirkungen auf die euro-atlantische Sicherheit, die Stärkung der NATO-Ostflanke, die Umsetzung des neuen strategischen NATO-Konzepts sowie das Verhältnis zu China.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges beschlossen die Staats- und Regierungschefs mit der Charta von Paris (1990), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine parlamentarische Versammlung hinzuzufügen. In der Erklärung von Madrid (1991) wurden die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Arbeitsmethoden, die Größe (zurzeit 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 57 OSZE-Teilnehmerstaaten), das Mandat und die Stimmenverteilung festgelegt. Die OSZE PV hat sich zur Aufgabe gemacht, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen, an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken und Mechanismen zur Konfliktverhütung und -bewältigung zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete.

Die Jahrestagungen der OSZE PV finden abwechselnd auf Einladung des Parlaments eines Teilnehmerstaates statt. Im Berichtszeitraum wurde die Jahrestagung im Jahr 2022 in Birmingham, Vereinigtes Königreich, und im Jahr 2023 im kanadischen Vancouver durchgeführt. Seit 2001 hält die Versammlung eine jährliche Wintertagung in Wien ab, die insbesondere dem Gedankenaustausch mit den Vertretern der Regierungen bei der OSZE dient. Im Jahr 2022 wurde diese als Hybridveranstaltung durchgeführt, im Jahr 2023 kam die PV wie gewohnt in Wien zusammen. Am Jahrestag des Beginns des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stand diese Tagung ganz im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine. Eine weitere Tagung findet jährlich im Herbst statt. Im Berichtszeitraum fanden die Tagungen im Jahr 2021 als Online-Veranstaltung und im Jahr 2022 in Warschau statt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der OSZE PV ist die Wahlbeobachtung. Sie gehört zu den Kerninstrumenten der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Wahlbeobachtungsmissionen leisten einen wichtigen Beitrag, um das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess zu stärken und etwaige Unregelmäßigkeiten offenzulegen. Regelmäßig nehmen Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil. Im Berichtszeitraum nahmen Abgeordnete an der Beobachtung der Wahlen in Serbien, Ungarn, Bosnien und Herzegowina, den USA, Kasachstan und der Türkei teil.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie verfolgt das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und leiten, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften verbessern. Sie vereinigt Abgeordnete aus 17 nationalen und regionalen Parlamenten des gesamten Ostseeraums, was dezentrale und direkte Beteiligung sowie eine unmittelbare Entscheidungsfindung innerhalb der Versammlung ermöglicht. Sie bewirkt, dass politische Aktivitäten besser an lokale Gegebenheiten und Bedürfnisse angepasst werden. Bis Februar 2022 waren auch fünf russische Delegationen Mitglied in der BSPC. Diese wurden unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ausgeschlossen.

Der Deutsche Bundestag ist mit fünf Delegierten vertreten. Die jährliche Plenarversammlung findet seit 1991 abwechselnd auf Einladung eines der Mitgliedsparlamente statt, zu denen auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen gehören. Zudem tritt drei- bis viermal im Jahr das Lenkungsorgan der Konferenz, der Ständige Ausschuss, zusammen.

Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen, sich mit speziellen Fragen beschäftigen und die in der Regel für zwei Jahre eingesetzt werden. Mit den entsprechenden Abschlussberichten und den darin enthaltenen Empfehlungen beschäftigen sich die Abgeordneten auf ihren Jahrestagungen. Seit 2020 befasst sich eine Arbeitsgruppe mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen auf die Biodiversität im Ostseeraum. Diese wird ihren Abschlussbericht auf der Jahrestagung 2023 vorlegen.

Im Berichtszeitraum fand im Juni 2022 die 31. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Stockholm statt. Das Generalthema der Konferenz lautete „Die Zukunft des Ostseeraums – Die Antwort auf Russlands Invasion in der Ukraine: Starke Demokratien, Schutz der Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung“ und befasste sich mit der Zukunft des Ostseeraums in einer Zeit des Umbruchs. Die 32. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2023 fand in Berlin statt. Motto dieser Konferenz war „Stärkung der Resilienz des demokratischen Ostseeraums – Förderung der demokratischen, digitalen und maritimen Resilienz auf der Grundlage verlässlicher Nachbarschaft und enger Zusammenarbeit“. Im Mittelpunkt standen die Zusammenarbeit im Ostseeraum sowie die Demokratie in einer sich ändernden Medienlandschaft, Klimawandel und Biodiversität.

Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM)

Die 2004 gegründete Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (EM PV), seit 2010 Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM), hat das Ziel, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Mittelmeerraum auf parlamentarischer Ebene zu begleiten. Diese wurde mit der Barcelona-Erklärung von 1995 initiiert und wird seit 2008 mit der Gründung der Union für den Mittelmeerraum, die den sogenannten Barcelona-Prozess fortführt, vertieft. Die Versammlung setzt sich für ein verbessertes Verständnis und eine engere Zusammenarbeit im Mittelmeerraum ein. In den fünf Ausschüssen wird die Arbeit inhaltlich vorbereitet.

Der Versammlung gehören 280 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament, vier nördlichen Mittelmeeranrainern, die nicht Mitglied der EU sind, elf südlichen Mittelmeeranrainern, darunter Türkei, Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko, Jordanien, Israel und den Palästinensischen Gebieten sowie aus Mauretanien und Libyen an.

Der Deutsche Bundestag ist mit einer dreiköpfigen Delegation vertreten. Einmal jährlich findet eine Plenartagung in dem Land statt, das die Präsidentschaft der Versammlung innehat. Die Delegierten erarbeiten Berichte zu aktuellen Themen und verabschieden Empfehlungen, die sich an die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum richten.

Wegen der Corona-Pandemie fand die Jahrestagung im Dezember 2021 in hybrider Form in Brüssel statt, an der die deutschen Abgeordneten online teilnahmen. Thematischer Schwerpunkt war die Bekämpfung des Klimawandels im Mittelmeerraum. So wurden auch vier Entschlüsse angenommen, die sich mit der Bekämpfung des Klimawandels beschäftigten.

Die für Mitte Juli 2023 geplante Jahrestagung in Rabat wurde wegen der Parlamentswahlen in Spanien auf den Herbst verschoben.

Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP)

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments „im Geiste der neuen parlamentarischen Dimension des Vertrags von Lissabon“ eingesetzt. Diese sieht vor, dass die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament gemeinsam über die Politikfelder beraten, die in der Europäischen Union zur intergouvernementalen Zusammenarbeit und nicht zu den vergemeinschafteten Politikbereichen gehören. Die IPC GASP/GSVP hat dementsprechend keine eigenen Entscheidungskompetenzen in der Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik, sondern bietet ein Forum für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen und europäischen Abgeordneten sowie den EU-Institutionen.

Die Konferenz tagt zweimal jährlich in dem Mitgliedstaat der EU, der aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Während der Konferenzen tauschen sich die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der EU-Exekutive aus. Während der drei letzten Tagungen in Paris (Frankreich, Februar 2022), Prag (Tschechische Republik, September 2022) und Stockholm (Schweden, März 2023) standen zuvorderst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf der Tagesordnung. Des Weiteren wurde unter anderem der Strategische Kompass der EU sowie der Ausbau der militärischen Fähigkeiten und die Stärkung der Resilienz der EU debattiert. Ferner diskutierten die Abgeordneten über die Partnerschaft der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarländern sowie über die Beziehungen zu Afrika als auch über die Arktis.

Für den Deutschen Bundestag können bis zu sechs Abgeordnete an der Konferenz teilnehmen.

Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz)

Die Konferenz gründet auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag), der eine interparlamentarische Konferenz der Vertreter der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente vorsieht. Gemäß ihrer Geschäftsordnung von November 2015 dient die zweimal jährlich tagende Konferenz dem Austausch von Informationen und bietet die Gelegenheit, die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags zu diskutieren. Darüber hinaus soll sie die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – unter Berücksichtigung der sozialen Dimension – gewährleisten.

Im Frühjahr jeden Jahres findet die Konferenz im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP, in Zusammenarbeit mit dem Land, das im ersten Halbjahr den EU-Ratsvorsitz innehat, in Brüssel statt. Die zweite Konferenz wird in der Regel im Herbst im EU-Ratsvorsitzland des zweiten Halbjahres durchgeführt. Regelmäßige Themen der SWKS-Konferenz waren die Reform der europäischen Fiskalregeln, das Eigenmittelsystem und die Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU.

Die Konferenz im Februar 2022 fand aufgrund der Covid-19-Pandemie als Videokonferenz statt. Sie befasste sich mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Konferenz im Oktober 2022 wurde in Prag ausgerichtet und hatte die Kosten der Energieunabhängigkeit sowie die Finanzierung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zum Thema. Der inhaltliche Schwerpunkt der Konferenz im Februar 2023 in Brüssel lag auf der Frage nach den richtigen Antworten zur Bekämpfung der hohen Energiepreise und der Inflation.

Die Delegation des Deutschen Bundestages umfasst in der 20. Wahlperiode elf Abgeordnete, darunter angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat begleitet die Konferenzen als Teil der deutschen Delegation.

Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV)

Diese 2019 gegründete parlamentarische Versammlung setzt sich aus 100 Mitgliedern zusammen, die je zur Hälfte Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie der Assemblée nationale sind. Sie tagt mindestens zweimal im Jahr abwechselnd in Deutschland und Frankreich unter der Leitung der Präsidentinnen des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale. Gremien der DFPV sind die Plenarversammlung, der Vorstand sowie von der Versammlung eingesetzte Arbeitsgruppen.

Die siebte Sitzung der DFPV fand am 21. Februar 2022 pandemiebedingt in Form einer reduzierten Präsenzsitzung statt, bei der sich nur die Präsidentinnen und die Mitglieder des Vorstands als Stimmführer der Fraktionen im Sitzungssaal in Paris zusammenfanden und alle übrigen Mitglieder digital per Videokonferenz zugeschaltet wurden. Thematischer Schwerpunkt der Sitzung war eine Anhörung und anschließende Befragung der Staatsministerin für Europa und Klima im Auswärtigen Amt und des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten im französischen Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten zur deutsch-französischen Zusammenarbeit, zur französischen EU-Ratspräsidentschaft, zu einer Konferenz zur Zukunft Europas sowie eine anschließende Debatte zur Zukunft der Europäischen Union.

Die achte Sitzung der DFPV am 7. November 2022 in Berlin hatte als thematischen Schwerpunkt eine Anhörung von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und der zugeschalteten französischen Staatssekretärin für Europa zu aktuellen außenpolitischen Herausforderungen von gemeinsamem Interesse sowie eine Aussprache zur Energiesouveränität als Konsequenz des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. In der Sitzung wurden drei Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Die Zukunft Europas“, „Energiesouveränität“ sowie „Kohärente Umsetzung der Richtlinien der EU in das nationale Recht Deutschlands und Frankreichs“ eingesetzt.

Bei der neunten Sitzung der DFPV am 22. Mai 2023 in Straßburg erfolgten eine Anhörung des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck, und des französischen Ministre de l’Economie, des Finances et de la Souveraineté industrielle et numérique, Bruno Le Maire, sowie eine Aussprache zur Situation und europäischen Perspektive der Länder des westlichen Balkans.

Darüber hinaus tagte der Vorstand der DFPV im Berichtszeitraum in insgesamt zehn Sitzungen regelmäßig. Die von der Versammlung eingesetzten drei Arbeitsgruppen tagten im Berichtszeitraum bis zur Sommerpause in insgesamt elf Sitzungen, von denen neun Sitzungen als Videokonferenz durchgeführt wurden. Die konstituierende Sitzung einer weiteren Arbeitsgruppe zur Außen- und Sicherheitspolitik fand im Juli 2023 statt.

Konferenzen der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten

Auf Ebene der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten haben sich vier institutionalisierte Konferenzen etabliert: Jährlich treffen sich die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der EU-Mitgliedstaaten (EU-PPK) und die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der G7-Staaten (G7-PPK). Die 47 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates (ER-PPK) kommen in der Regel alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch zusammen. An diesen Konferenzen nimmt auch die Präsidentin/der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

Auf der EU-PPK 2022 in Ljubljana/Slowenien diskutierten die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten die Themen „Die Rolle der Parlamente in der Krisenfallpolitik – Stärkung der Resilienz für demokratische Handlungsfähigkeit“ und „Die Europäische Union als Garant für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der Region (und darüber hinaus)“. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas betonte in ihrem Redebeitrag zum ersten Thema, dass der Deutsche Bundestag in der Corona-Pandemie in Präsenz getagt und bewiesen habe, dass die parlamentarische Demokratie auch in einer Notlage ohne Notverfassung funktioniere.

Die Bundestagspräsidentin war Gastgeberin der G7-PPK in Berlin im September 2022. Es standen die Themen „Russlands Aggression gegen die Ukraine – Konsequenzen für eine neue internationale Sicherheitsarchitektur“ sowie „Demokratie stärken mit politischer Bildungsarbeit“ im Mittelpunkt. Auf Einladung der Bundestagspräsidentin nahm auch der ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk an der Konferenz teil. Dieser hatte bereits den Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der G7 im März 2022 in einer kurzen Videokonferenz von der Lage in der Ukraine berichtet und konnte nun in Präsenz auch über weitere Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine diskutieren.

Tagungsort der EU-PPK im April 2023 war Prag. Hier standen die Themen „Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die Reaktion der EU im erweiterten geopolitischen Kontext (EU-Erweiterung, Energiesicherheit, Wiederaufbau nach dem Krieg)“ und „Die Rolle der EU in der globalen Zusammenarbeit der Demokratien und die Frage der Abhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten von totalitären Regimen (Sicherheit von Lieferketten, strategische Autonomie usw.)“ im Mittelpunkt. Erstmals fand am Vorabend der Konferenz ein Treffen der Parlamentspräsidentinnen statt, mit dem Fokus auf der Rolle der Frauen in der Außenpolitik. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hob in ihrer einführenden Rede hervor, dass eine feministische Außenpolitik, die konsequent Sicherheits-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik mitdenkt, gebraucht wird. Diese komme allen Menschen zugute: Frauen und Männern.

Auf Einladung der litauischen Parlamentspräsidentin fand im Juni 2023 zum ersten Mal ein Treffen der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der NATO-Mitgliedstaaten im litauischen Vilnius statt. Intention war, vor dem NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juli 2023 in Vilnius, sich auch auf Ebene der Parlamentspräsidenten über die globalen Herausforderungen für die NATO, interne Transformationen in den Mitgliedstaaten und einen langfristigen Unterstützungsplan für die Ukraine auszutauschen. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas berichtete in ihrer Rede vom Umdenken in Deutschland seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der geplanten besseren Ausstattung der Bundeswehr und dem Willen der Bundesregierung, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO zu erfüllen.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die Energiesicherheit und die internationale Sicherheit waren Themen auf der G7-PPK 2023, die auf Einladung des japanischen Parlamentspräsidenten im September 2023 in Tokio und Kyoto stattfand. Erneut war der ukrainische Parlamentspräsident Stefantschuk als Gast eingeladen, um seine Amtskolleginnen und –kollegen über die Situation in der Ukraine persönlich zu informieren und mit ihnen wichtige Fragen zur derzeitigen Situation und zur Zukunft seines Landes zu besprechen.

Die Europarats-PPK fand Ende September 2023 in Dublin/Irland statt. Vizepräsidentin Aydan Özoğuz nahm in Vertretung der Bundestagspräsidentin teil und hielt einen Redebeitrag zum Thema „Herausforderungen für die Demokratie in unsicheren Zeiten“. Eine weitere Diskussion beschäftigte sich mit der Frage, wie die gesellschaftliche Teilhabe verbessert werden kann. Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die Rolle der nationalen Parlamente beim Wiederaufbau der Ukraine waren Gegenstand der dritten Debatte.

5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen auch durch seine aus Abgeordneten bestehenden Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 20. Wahlperiode sind 49 Parlamentariergruppen eingesetzt worden, 27 bilaterale und 22 multilaterale. Allerdings wurde wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowohl die Konstituierung einer Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe als auch die einer Deutsch-Belarussischen Parlamentariergruppe ausgesetzt. Im März 2023 stellte der Bundestag die Arbeit der Deutsch-Iranischen Parlamentariergruppe wegen der aktuellen Situation in dem Land ruhend.

Die Reisen und Besuche im Rahmen der Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Abgeordneten der Parlamentariergruppen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, politischen Stiftungen, Mittler- und Nichtregierungsorganisationen, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen.

Im Folgenden wird eine Übersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen im Berichtszeitraum in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind etliche Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche durch ausländische Delegationen erst für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geplant sind.

Parlamentariergruppe Anden-Staaten

(Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela)

Die Sicherheitslage und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Kolumbien, das nach dem Friedensabkommen mit der größten Guerilla-Gruppe FARC weiterhin um einen anhaltenden Frieden ringt, beschäftigten die Parlamentariergruppe im Berichtszeitraum regelmäßig bei Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der kolumbianischen Zivilgesellschaft, aber auch deutschen Nichtregierungsorganisationen am Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin. Diese Fragen standen daher auch im Mittelpunkt der Reise einer fünfköpfigen Delegation der Parlamentariergruppe im Juli 2023, bei der zunächst Kolumbien und anschließend Bolivien besucht wurde. Einen tiefen Eindruck hinterließ bei den Abgeordneten eine Gesprächsrunde mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Opfern des bewaffneten Konflikts und einem Mitglied der Wahrheitskommission im deutsch-kolumbianischen Friedensinstitut Capaz. Da die fragile Lage zudem durch den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch im Nachbarland Venezuela leidet, lag es nahe, die gemeinsame Grenzregion aufzusuchen, um sich vor Ort ein Bild von den Herausforderungen vor allem für das kolumbianische Gesundheitssystem zu machen. Auch in Bolivien ging es für die Bundestagsabgeordneten zuallererst um die innenpolitische Situation. Die dortige Zivilgesellschaft beklagt „shrinking spaces“, was eine zunehmende Einengung von Handlungsmöglichkeiten und freier Meinungsäußerung bezeichnet. Wirtschaftspolitisch hat das Land großes Potential hinsichtlich der Energiegewinnung der Zukunft, denn es verfügt mit 21 Millionen Tonnen Lithium über die weltweit größten Reserven an diesem vor allem für die Batterieherstellung und damit für die Elektromobilität wichtigen Leichtmetall. Beim Besuch vor Ort ließen sich die Delegationsmitglieder die verschiedenen Erschließungsoptionen erläutern. Dabei wurde deutlich, dass Deutschland sich hier einem starken Wettbewerb stellen muss. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Bolivien setzt zudem auf den Ausbau erneuerbarer Energien, wofür das Land sehr gute Bedingungen bietet.

Die Bundestagsabgeordneten informierten sich darüber in Begleitung des bolivianischen Stromversorgers und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in einem Windpark.

Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen und Mittleren Ostens

(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästina)

Die erste Reise in der 20. Wahlperiode führte eine Delegation dieser multilateralen Parlamentariergruppe Ende Oktober 2022 in die Golfstaaten Katar und Saudi-Arabien. In beiden Ländern standen neben dem Austausch mit Vertretern legislativer Gremien und der Regierungen die Themen Menschenrechte und Demokratieförderung im Mittelpunkt. Der Zeitpunkt der Reise lag unmittelbar vor der Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar. Die internationale Kritik an der Situation der am Bau der Stadien beteiligten Gastarbeiter in dem Land wurde von der Delegation mehrmals angesprochen. Dabei waren auch die zahlreichen Verbesserungen für die Arbeiter ein Thema, die durch die internationale Kritik angestoßen worden waren. In Saudi-Arabien besuchte die Delegation neben der Hauptstadt Riad die Hafenstadt Dschidda. Den Abgeordneten ging es in ihren Gesprächen vor allem um die seinerzeit aktuell debattierten sozialen und kulturellen Modernisierungsreformen mit besonderem Schwerpunkt auf den Frauenrechten. Besonders die Öffnung des Arbeitsmarktes für Frauen zeigte der Delegation anhand der zahlreichen Erfahrungsberichte von Frauen und Arbeitgebern, wie sehr sich die Gesellschaft dort im Wandel befindet. In beiden Ländern standen zudem Wirtschaftsthemen sowie Energie- und Umweltfragen in einer Reihe von Gesprächen im Mittelpunkt.

Parlamentariergruppe ASEAN

(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)

Im Februar 2023 besuchten Mitglieder der Parlamentariergruppe ihre Partnerländer Thailand, Laos und Kambodscha. Die Delegation hatte das erste Mal nach der Pandemie wieder die Gelegenheit für Gespräche vor Ort mit Parlamentariern und Regierungen sowie Vertretern von Außenhandelskammern, Menschenrechtsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen über aktuelle politische Vorhaben, Herausforderungen in sozialen Belangen sowie Maßnahmen zum Klimaschutz. In Thailand stand zudem ein Besuch im Norden des Landes auf dem Programm, wo sich die Delegation mit Vertretern der Demokratieförderung aus Myanmar treffen konnte. Dies war der Delegation ein besonderes Bedürfnis, da die Parlamentariergruppe auf ihrer letzten Reise im Februar 2020 Myanmar besuchte, das sich damals nach jahrzehntelanger Militärherrschaft für das Ausland öffnete und sich auf freie Wahlen vorbereitete. Der Militärputsch im Jahr 2021 beendete diese Entwicklung abrupt. Der Umgang mit dem Land und seiner Militärjunta beschäftigt die gesamte Region nachhaltig und ist daher auch für die Arbeit der Parlamentariergruppe ein immer wiederkehrendes Thema. In Laos ging es hauptsächlich um die Themenkomplexe Umwelt und Energie sowie um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Erörtert wurden zudem die hohen Investitionen der Volksrepublik China in Laos. In Kambodscha nahm die Delegation die Gelegenheit wahr, das Schicksal von Menschen anzusprechen, die aus politischen Motiven inhaftiert sind. Im Gespräch auf hoher politischer Ebene, wie etwa mit dem Regierungschef, wurden die guten bilateralen Beziehungen hervorgehoben, die zwischen Kambodscha und Deutschland bestehen. In allen drei besuchten Ländern bekräftigten die Gesprächspartner die Hoffnung auf eine noch stärkere Zusammenarbeit mit Deutschland.

Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe

(Estland, Lettland, Litauen)

Der Besuch einer fünfköpfigen Delegation der Parlamentariergruppe in der estnischen Hauptstadt Tallinn im Februar 2023 diente der Intensivierung des langjährigen parlamentarischen Austausches beider Länder. Im Vordergrund der Gespräche mit Abgeordneten der Regierung und der Opposition sowie mit Ministerpräsidentin Kaja Kallas standen Themen wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Konsequenzen für beide Länder, die aktuelle Sicherheitspolitik im Lande sowie die seinerzeit anstehenden Parlamentswahlen in Estland im März. Die Delegationsmitglieder und ihre Gastgeber betonten ihre Einigkeit darüber, dass in Zeiten eines Krieges in Europa die Zusammenarbeit intensiviert werden müsse. Die Bundestagsabgeordneten hoben hervor, dass Estland als NATO-Partner an der Ostflanke eine wichtige Rolle bei der Luftraumverteidigung übernehme. Die Delegation besuchte auch das derzeit in der Baltic Air Policing Mission aktive deutsche Kontingent auf dem Stützpunkt in Ämari und kam mit den dort stationierten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ins Gespräch. Am Ende ihrer Reise nahmen die Abgeordneten an den Feierlichkeiten aus Anlass des 105. Jahrestages der estnischen Unabhängigkeit teil.

Parlamentariergruppe Belgien-Luxemburg

Als unmittelbar benachbarte Länder sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien auf den verschiedensten Ebenen von ganz besonderer Bedeutung und werden von den Mitgliedern der Parlamentariergruppe seit vielen Jahren intensiv gepflegt. Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung des persönlichen Austausches, wie ihn eine Delegation der Parlamentariergruppe im Mai 2023 mit Vertreterinnen und Vertretern der föderalen, regionalen und gemeinschaftlichen Parlamente in Brüssel, Namur und Eupen führte. Neben der energiepolitischen Zusammenarbeit (LNG, Wasserstoff) standen dabei aktuelle bilaterale Themen im Zentrum der Gespräche (Bahnlinie 3RX, Einstein-Teleskop, Bürgerdialog). Zudem wurden konkrete Sachverhalte in der sogenannten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit identifiziert, bei denen ein noch stärkeres bilaterales Miteinander erforderlich ist, beispielsweise beim Geo-Blocking der Mediatheken von ARD und ZDF, bei Steuer- und Sozialversicherungsfragen für Grenzpendler im Homeoffice, bei tariflichen Fragen im grenzüberschreitenden ÖPNV, aber auch bei der polizeilichen Kooperation und der Bedeutung grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen (Ausbau Flughafen Lüttich). Die belgische Seite zeigte großen Informationsbedarf insbesondere mit Blick auf die deutsche Energiewende, den Atomausstieg, die Trassierung der Stromverbindungen und das Gebäudeenergiegesetz.

Deutsch-Brasilianische Parlamentariergruppe

Zur Pflege der bilateralen parlamentarischen Beziehungen reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe im Mai 2023 nach São Paulo, Brasília und Salvador. Pandemiebedingt konnte in der vorangegangenen Legislaturperiode keine Delegationsreise erfolgen. Brasilien hatte sich nach dem Amtsantritt von Staatpräsident Lula da Silva im Januar 2023 aus der internationalen Isolation zurückgemeldet. Im Mittelpunkt der Begegnung standen Fragen des Amazonasschutzes und des Kampfes gegen den menschengemachten Klimawandel. Bei den Gesprächen der Delegation über die Zukunft des EU-Mercosur-Abkommens sowie die angemessene Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurden im offenen und konstruktiven Dialog die unterschiedlichen Herangehens- und Sichtweisen deutlich. Als äußerst anschaulich und wertvoll für ihre Arbeit werteten die Abgeordneten das Informationsgespräch über das brasilianische Wahlsystem und die Funktionsweise der Wahlautomaten. Mit deren Hilfe gelingt es, die Wahlen in dem Land mit kontinentalen Ausmaßen und teilweise schwer zugänglichen Gebieten effektiv, verlässlich und transparent durchzuführen.

Der Nordosten Brasiliens bietet weltweit eine der besten Voraussetzungen für die Produktion grünen Wasserstoffs und bildet daher einen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. So sind die Bedingungen für Wind- und Solarenergie geradezu optimal, wie ein Vertreter der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Vertreterinnen und Vertreter des Integrierten Zentrums für Produktionstechnologien (SENAI- CIMATEC) erläuterten. Hinzu kommt das Vorhandensein von Süßwasser. Die Delegation konnte sich außerdem beim Besuch eines Kreativitätshubs ein Bild von der Innovationsfreude der jungen, hauptsächlich afrokolumbianischen Bevölkerung Salvadors machen. Gespräche mit lokalen Nichtregierungsorganisationen sowie Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Politik verdeutlichten allerdings auch die Herausforderungen, vor allem mit Blick auf die enormen sozialen Unterschiede.

Parlamentariergruppe Bulgarien-Moldau-Rumänien

Im Juni 2023 reiste eine vierköpfige Delegation der Parlamentariergruppe in ihre Partnerländer Rumänien und Moldau. Während der letzte Besuch in Rumänien in der 18. Wahlperiode stattfand, wurde die Republik Moldau erstmals durch eine Parlamentariergruppe besucht. Intensive politische Gespräche zur bilateralen Zusammenarbeit sowie zur Kooperation in Belangen der Europäischen Union bildeten einen Schwerpunkt der Reise in beiden Ländern. Als unmittelbare Nachbarn der Ukraine waren die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges ein wiederkehrendes Gesprächsthema. Der Besuch der Parlamentariergruppe zu diesem Zeitpunkt wurde in beiden Ländern sehr begrüßt und der Delegation hohe Wertschätzung entgegengebracht. In Rumänien führten die Bundestagsabgeordneten Gespräche mit der Partnergruppe, der Regierung sowie mit Vertretern der deutschen Minderheit, in denen von allen Seiten der Wunsch nach einem weiteren Ausbau der Kooperation und vertiefter Zusammenarbeit betont wurde, zum Beispiel in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Nachhaltigkeit, aber auch Sicherheit und Verteidigung. Ein prägendes Thema war der rumänische Wunsch nach Unterstützung der EU-Vollmitgliedschaft und des Beitritts zum Schengener Abkommen. Die Gespräche in Moldau waren neben bilateralen Themen vom Austausch über den Sachstand und die Nachhaltigkeit der Reformen im Zusammenhang mit

dem EU-Integrationsprozess Moldaus, die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges und den Transnistrienkonflikt geprägt. Auf Seiten der Gastgeber zeigte man sich zuversichtlich, den EU-Integrationsprozess voranbringen und das Ziel der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bis Jahresende erreichen zu können.

Parlamentariergruppe Cono Sur-Staaten

(Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay)

Im März 2023 reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe nach Argentinien und Paraguay und damit in zwei Länder, die zuletzt 2016 beziehungsweise 2010 von einer Delegation der Parlamentariergruppe besucht worden waren. In beiden Partnerstaaten diente die Reise in erster Linie der Vertiefung der parlamentarischen Kontakte. So bildeten die Begegnungen mit Mitgliedern der Abgeordnetenkammer und des Senats sowohl in Buenos Aires als auch in Asunción, in denen Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit besprochen wurden, das Kernstück der Reise. Argentinien und Paraguay haben beide in den 1980er Jahren Diktaturen überwunden. Die Delegation besuchte in Buenos Aires mit der früheren Marine-Schule ESMA einen Ort, an dem das Grauen der damaligen Militärdiktatur sehr anschaulich vermittelt wird. In Asunción erinnert ein privat geführtes Museum an der Stelle eines früheren Gefängnisses daran, dass die Wunden aus diesen Jahren noch nicht verheilt sind. Die Delegationsmitglieder beschäftigten sich darüber hinaus auch mit Zukunftsthemen im Rahmen ihres Reiseprogramms: Argentinien verfügt neben seinen Erdgas- und Erdölvorkommen sowohl über enormes Potential zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen als auch über bedeutende Lithiumreserven. Diese stellen für das Land wichtige Exportoptionen dar angesichts einer äußerst angespannten wirtschaftlichen Lage mit einer Inflationsrate um die 100 Prozent. Paraguay hat als agrarisch geprägtes Land einen niedrigen Energiebedarf, den es bereits jetzt hinsichtlich des Stromverbrauchs komplett mit Wasserkraft decken kann. Die Abgeordneten besuchten das eindrucksvolle Kraftwerk Itaipú, das – am Grenzfluss gelegen – gemeinsam mit Brasilien betrieben wird. Bei den für August 2023 anstehenden Neuverhandlungen mit der brasilianischen Seite erhofften sich die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner Begleitung und Unterstützung durch Deutschland und die internationale Gemeinschaft, um günstige Nutzungsbedingungen für den erzeugten Strom aushandeln zu können, der über den eigenen Bedarf hinausgeht. Denn hier könnten sich für Deutschland Importmöglichkeiten für mit diesem Strom hergestellten grünen Wasserstoff ergeben.

Deutsch-Indische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe lädt im Rahmen ihrer Arbeit in Berlin regelmäßig Gesprächspartnerinnen und -partner aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein, um sich über die komplexe gesellschaftliche Vielfalt in Indien zu informieren. Dementsprechend war die Reise einer Delegation Ende Januar/Anfang Februar 2023 von einer Vielzahl von Themen geprägt, um sich vor Ort ein möglichst umfassendes Bild zu machen. So führten die Delegationsmitglieder Gespräche mit Abgeordneten des Unterhauses in Neu-Delhi über die parlamentarische Arbeit, Fragen der Haushaltsaufstellung und der angemessenen Vertretung in den zwei Millionen Menschen umfassenden Wahlkreisen. Um der föderalen Struktur des Landes Rechnung zu tragen, besuchten die Bundestagsabgeordneten auch die Regionalparlamente von Kerala und Telangana. Zur komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit in Indien gehören die Multiethnizität der Bevölkerung und deren Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Religionen. Die Delegation traf sich daher mit Vertreterinnen und Vertretern der christlichen und der muslimischen Gemeinschaften, die das indische Prinzip der Einheit in Vielfalt („Unity in diversity“) erläuterten. Darüber hinaus war die traditionelle Rolle Indiens als Sprecher der blockfreien Staaten und als Regionalmacht in einer angespannten geopolitischen Lage in Südasien Gegenstand von Gesprächen mit Politikern sowie Think Tanks und Journalistinnen. Zudem war den Abgeordneten der Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Wirtschaft sowie der Besuch sehr erfolgreicher deutscher Unternehmen vor Ort wichtig. Als besonders positiv bewertete die Delegation das als „Triple-Win“ bezeichnete Projekt zur Anwerbung indischer Pflegekräfte in Deutschland. Die Begegnung mit jungen indischen Krankenschwestern, die dabei waren, im Goethe-Zentrum die notwendigen Deutschkenntnisse zu erwerben, um alsbald nach Deutschland überzusiedeln, war zugleich ermutigend und sehr bewegend.

Deutsch-Italienische Parlamentariergruppe

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe reiste Ende Juni 2022 in ihr Partnerland. Der Zeitpunkt dieses Besuchs hatte einen hohen symbolischen Wert: Gemeinsam mit italienischen Abgeordneten haben die Delegationsmitglieder in der Deutschen Botschaft in Rom das 60-jährige Bestehen der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe gewürdigt, die sich am 28. Juni 1962 das erste Mal konstituierte. In den zahlreichen politischen Gesprächen in der italienischen Hauptstadt ging es vor allem um die bilaterale Zusammenarbeit sowie um die aktuelle

politische Lage in Italien, Deutschland und Europa. Besonders intensiv war der Meinungsaustausch über den deutsch-italienischen Aktionsplan beider Regierungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit und über die Frage, wie dieser von parlamentarischer Seite unterstützt werden könne. In allen Gesprächen betonten die Teilnehmenden die wichtige Bedeutung der deutsch-italienischen Beziehungen, denn beide Länder seien historisch miteinander verbunden und das gute Verhältnis sei auch für die Zukunft der EU von zentraler Bedeutung. Großen Raum bei vielen Terminen nahm zudem der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ein sowie die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen für Europa und die Welt. Die Folgen großer Krisen, wie etwa die hohen Energiepreise durch den Krieg, müssten von der Politik abgedeckt werden, damit die EU gestärkt aus solchen Krisen hervorgehen könne, war man sich einig. Außer nach Rom führte die Reise der Delegation auch nach Neapel. Dort ging es in zahlreichen Gesprächen um die wirtschaftliche Entwicklung Süditaliens. Zudem stand auch ein Besuch des NATO-Standorts „Allied Joint Force Command Naples“ auf dem Programm.

Deutsch-Japanische Parlamentariergruppe

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe in ihr Partnerland im März 2023 führte in die Hauptstadt Tokio sowie nach Kyoto, Osaka und Kobe. Es war der erste Besuch Japans nach sieben Jahren, da die Parlamentariergruppe in der 19. Wahlperiode unter anderem wegen der Pandemie keine Reise unternommen hatte. Der Zeitpunkt der Reise war zudem von besonderer Bedeutung, da sie wenige Wochen vor den ersten deutsch-japanischen Regierungskonsultationen stattfand. Mit dem Besuch wollten die Abgeordneten dem besonderen Verhältnis zum Wertepartner Japan auch auf parlamentarischer Ebene Rechnung tragen. In zahlreichen Gesprächen der Delegation ging es um gemeinsame Herausforderungen wie den Klimawandel und den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Beide Seiten waren sich einig darüber, wie sehr die Sicherheit und Stabilität Europas mit der Lage im indopazifischen Raum verschränkt sei. Als Partner müsse man für gemeinsame Werte und Interessen gegen mögliche Gefahren und Aggressoren eintreten. Einen großen Stellenwert nahmen auch Gespräche über den demographischen Wandel ein, der Japan vor gewaltige Herausforderungen stellt. In Kyoto besuchten die Bundestagsabgeordneten die Villa Kamogawa des Goethe-Instituts. Diese bietet Kulturschaffenden aus Deutschland die Möglichkeit, im Rahmen eines dreimonatigen Stipendiums in Japan zu leben und zu arbeiten. Die Delegation hatte Gelegenheit, sich mit den aktuellen Stipendiatinnen auszutauschen, die als Architektinnen Konzepte für das Wohnen im Alter entwickelten. In Osaka besuchte die Delegation unter anderem das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz der Universität Osaka, wo es um den regen Austausch zwischen Japan und Deutschland im Forschungsbereich ging. Auch die Vorzüge des Wirtschaftsstandorts Japan für deutsche Investitionen sowie Zukunftstechnologien waren Themen, über die sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe informierten, um sich mit diesen Erkenntnissen auch auf parlamentarischer Ebene für eine weitere Vertiefung der deutsch-japanischen Zusammenarbeit einzusetzen.

Parlamentariergruppe Malta-Zypern

Ende Mai/Anfang Juni 2023 besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe die Republik Zypern. Ein immer wiederkehrendes Thema in der Arbeit dieser Parlamentariergruppe ist seit vielen Jahren die bislang ungelöste Zypernfrage. Diese bildete somit auch auf dieser Reise einen Schwerpunkt in nahezu allen Gesprächen. Ebenso standen die Verankerung Zyperns in der EU als Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie Fragen der Migration und der verstärkten Energiekooperation im östlichen Mittelmeer im Fokus der Begegnungen. In dem vertrauensvollen Austausch beider Seiten erbat Zypern einmal mehr die Unterstützung und Solidarität Deutschlands in diesen Bereichen, insbesondere aber im Verhältnis zur benachbarten Türkei.

Das Programm – als Gegenbesuch zum Aufenthalt der Freundschaftsgruppe des zyprischen Parlaments Ende 2022 in Berlin – weitgehend durch die Gastgeber gestaltet, war sehr eng getaktet und von großer Gastfreundschaft geprägt. Gespräche mit türkisch-zyprischen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft aus der international nicht anerkannten „Türkischen Republik Nordzypern“ fanden unter Vermittlung der deutschen Botschaft in der Pufferzone statt. Im Rahmen eines Empfangs in der Residenz gab es Gelegenheit zum Austausch mit weiteren türkisch-zyprischen Gesprächspartnern, was der deutschen Delegation ein vielschichtiges Bild der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen der Insel vermittelte.

Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe

(Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama, Suriname, Trinidad und Tobago)

Regelmäßig befasst sich die Parlamentariergruppe in ihrer Arbeit mit der Situation der Zivilgesellschaft in Mittelamerika, ist im Austausch mit Nichtregierungsorganisationen und empfängt Vertreterinnen und Vertreter aus den betroffenen Ländern, um sich über die dortige Situation zu informieren. Mit Panama, Honduras und Costa Rica besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe im Februar 2023 gleich drei der vierzehn Länder umfassenden Partnerregion. Auf den ersten Blick wirtschaftlich erfolgreich und entwickelt, wurde Panama im August 2022 mit landesweiten Protesten überzogen, die durch soziale Missstände und extreme Ungleichheit sowie Defizite mit Blick auf politische Teilhabe und mangelnde Transparenz ausgelöst worden waren. Honduras hingegen gehört zu den Ländern mit der höchsten Mordrate weltweit. Aber auch in Costa Rica, wo vor allem im regionalen Bereich eigentlich sehr stabile Verhältnisse herrschen, hat vor allem der Umgang mit den vielen Menschen aus Nicaragua, die in Costa Rica Zuflucht gesucht haben, Fragen aufgeworfen. Entsprechend nahm der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen einen breiten Raum während der Reise der Delegation ein.

Alle drei Länder sind zudem in hohem Maße den Folgen des Klimawandels ausgesetzt. Mit Anpassungsmaßnahmen, im Fall von Honduras im Kontext der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, soll die Bevölkerung vor Erdbeben oder Überschwemmungen geschützt werden. In Costa Rica konnten wasser- und ressourcensparende Anbaumethoden von Kaffee etabliert werden. Die dortige Costa Ricanisch-Deutsche Freundschaftsgruppe im Parlament äußerte großes Interesse an der Einführung einer technischen beruflichen Ausbildung, die mit dem System der dualen beruflichen Ausbildung in Deutschland vergleichbar ist. Dieses Thema soll im Mittelpunkt eines anvisierten Delegationsbesuchs in der zweiten Hälfte der Wahlperiode in Berlin stehen.

Parlamentariergruppe Östliches Afrika

(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Seychellen, Somalia, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda)

Eine Delegationsreise führte Abgeordnete dieser Parlamentariergruppe im November 2022 nach Kenia. Neben parlamentarischen Gesprächen in der Hauptstadt Nairobi hatte die Delegation auch in mehreren Countys des Landes die Möglichkeit, sich mit lokalen politischen Akteuren auszutauschen. In dieser persönlichen Kontaktpflege zu demokratisch gewählten Abgeordneten sieht die Parlamentariergruppe gerade unter den veränderten geopolitischen Bedingungen heute mehr denn je ihre originäre Aufgabe. Um aber ein möglichst vielfältiges Bild vom Partnerland Kenia zu bekommen, traf die Delegation auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, mit Studierenden und Plantagenarbeitern zusammen. Einen Arbeitsschwerpunkt der Parlamentariergruppe bildet seit langem die prekäre Situation indigener Bevölkerungsgruppen in Ostafrika. Insofern war es folgerichtig, vor Ort auch das Gespräch mit den Massai zu suchen. Hier zeigten sich die gesellschafts-, sozial-, gleichstellungs- und umweltpolitischen Fragen, die die Begegnungen der gesamten Reise prägten, noch einmal wie unter einem Brennglas.

Deutsch-Österreichische Parlamentariergruppe

Abgeordnete dieser Parlamentariergruppe hatten im März 2023 die Gelegenheit, in Wien Gespräche mit Vertretern von Parlament und Regierung sowie mit der VERBUND AG, dem führenden Energieunternehmen Österreichs, über gemeinsame Anliegen im Bereich der Energieversorgung, des Klimaschutzes und des Fachkräftemangels zu führen. Die hervorragenden nachbarschaftlichen Beziehungen pflegt die Parlamentariergruppe seit vielen Wahlperioden durch einen sehr engen Kontakt zum Parlament und ihrer Freundschaftsgruppe. In einer Reihe ihrer Gespräche stimmten beide Seiten darin überein, dass derzeitige Herausforderungen nur in gemeinsamer Verantwortung beider Länder gemeistert werden können. Dies betreffe energie- und klimapolitische Themen ebenso wie Arbeitsmarktintegration und andere wirtschaftspolitische Themen, aber auch sicherheitspolitische Fragen. Alle Gesprächspartner betonten, man habe mit sehr ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen. Gerade deswegen sei es wichtig, auf gute bilaterale Beziehungen vertrauen zu können.

Deutsch-Pazifische Parlamentariergruppe*(Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Timor-Leste)*

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist das Interesse Deutschlands an der Pazifikregion weiter gewachsen. Die Perspektive einer wertebasierten Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen prägt jedoch seit vielen Jahren schon die Aktivitäten der Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe. Die Reise einer sechsköpfigen Delegation der Parlamentariergruppe im Februar 2023 nach Australien diene zunächst dem intensiven bilateralen parlamentarischen Austausch. Ein thematischer Schwerpunkt war dabei wiederkehrend die Rolle Chinas in der Pazifikregion. Mit Blick auf die Notwendigkeit neuer Optionen für die Energiesicherheit Deutschlands diskutierten die Bundestagsabgeordneten auch Fragen der deutsch-australischen Wasserstoff-Kooperation sowie des verstärkten Pazifik-Engagements der Bundesregierung mit Australien als wichtigem Partner. Ein Austausch mit ganz aktuellem Bezug zur seinerzeit gerade anstehenden Einwanderungsreform wurde zu den Themen Fachkräfteeinwanderung, Migration und Integration geführt. Die Delegation besuchte neben der Hauptstadt Canberra noch zwei der acht Bundesstaaten Australiens. Auch hier standen Fragen der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sowie der geplanten Wasserstoffpartnerschaft auf der Agenda.

Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

Zur Pflege der bilateralen parlamentarischen Beziehungen reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe im April 2023 in sein Partnerland. Der Besuch der Abgeordneten in Warschau wurde von allen hochrangigen Gesprächspartnern aus Regierung, Opposition und Gesellschaft sehr begrüßt. Themenschwerpunkte der Reise waren neben der Kürzung der Mittel für den Deutschunterricht der deutschen Minderheit in Polen naturgemäß vor allem sowohl die polnische als auch die europäische sicherheitspolitische Lage, bedingt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die polnische Seite betonte mehrfach, dass ihre Regierung die Ukraine in jeglicher Hinsicht unterstützen werde und sich diese Unterstützung auch von den deutschen Nachbarn wünsche. Trotz den zum Zeitpunkt der Reise anhaltenden Diskussionen über die von Polen geforderten Reparationszahlungen wurde von beiden Seiten die Bedeutung der seit vielen Jahren bestehenden deutsch-polnischen Zusammenarbeit unterstrichen. Man dürfe nicht zulassen, dass diese guten nachbarschaftlichen Beziehungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Unter den Delegationsteilnehmern herrschte Einigkeit darüber, dass der Besuch ein erfolgreicher Auftakt zur Aufrechterhaltung der bilateralen parlamentarischen Zusammenarbeit war.

Deutsch-Portugiesische Parlamentariergruppe

Bei der Delegationsreise der Deutsch-Portugiesischen Parlamentariergruppe nach Lissabon und Porto im April 2023 wurde deutlich, dass sich die Bedingungen für die Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene und den parlamentarischen Austausch durch die Aufteilung der Parlamentariergruppe Portugal-Spanien in der letzten Wahlperiode auf zwei bilaterale Parlamentariergruppen für Portugal und Spanien merklich verbessert haben. Nachdem es in der vorangegangenen Wahlperiode vor allem pandemiebedingt zu keinem Besuch des Partnerlandes kam, war der Empfang im portugiesischen Parlament, der Assembleia da República, unter diesen Bedingungen jetzt umso herzlicher. Ein ganzer Tag war dem intensiven Austausch mit den Mitgliedern der Portugiesisch-Deutschen Freundschaftsgruppe sowie Mitgliedern verschiedener Ausschüsse wie dem für die Angelegenheiten der EU, dem Auswärtigen Ausschuss und dem Wirtschafts- und Energieausschuss und nicht zuletzt mit dem Parlamentspräsidenten gewidmet. Eine Fülle bilateraler Themen bestimmte die Agenda – von der Zukunft der EU, über den Fachkräftemangel, mit dem sich beide Länder auseinandersetzen haben, Fragen von Energieversorgung und Energiesicherheit, bis hin zum Umgang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Als sehr eindrucksvoll erwies sich der Besuch der Verwaltungsmodernisierungsagentur AMA und die Demonstration der Fortschritte im Bereich Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung dort. Die erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Rolle Deutschlands als Investitionspartner wurden in Gesprächen mit deutschen Unternehmen deutlich, die seit vielen Jahrzehnten in Portugal engagiert sind. Zukunftspotential für Investitionen sieht man in Portugal beim Ausbau und der Anbindung des Hafens von Sines, dem etwa beim Import und Weitertransport von grünem Wasserstoff künftig eine Schlüsselrolle zukommen kann.

Parlamentariergruppe Slowakei-Tschechien-Ungarn

Anfang November 2022 empfing die Parlamentariergruppe eine sechsköpfige Delegation der Tschechisch-Deutschen Parlamentariergruppe zu einem Arbeitsbesuch in Berlin. Das Treffen diente der Fortsetzung und Intensivierung des langjährigen und lebendigen parlamentarischen Austausches beider Länder. Im Vordergrund der Gespräche mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern stand der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Frage nach den Konsequenzen für Deutschland und die Tschechische Republik. Einigkeit herrschte darüber, dass in Zeiten eines Krieges in Europa beide Länder ihre Zusammenarbeit intensivieren wollen. Beide Seiten hoben die gemeinsame Arbeit an Themen wie der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie die Nähe der Wirtschafts- und Wertestrukturen hervor. Die tschechischen Parlamentarier äußerten den Wunsch nach intensiver Zusammenarbeit innerhalb verschiedener Projekte in den Bereichen Zivilgesellschaft, Umwelt sowie Ausbau der Zusammenarbeit der Städtepartnerschaften. Beide Seiten betonten das Interesse an der Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Energie und Transport.

Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe

(Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe konnte im Februar 2023 in die Hauptstädte von Nepal und Bangladesch reisen, um die Graduierung beider Länder aus dem LDC-Status (LDC = Least Developed Countries = am wenigsten entwickelte Länder) zum Jahr 2026 zu erörtern. Beide Partnerländer der Parlamentariergruppe sind politisch geprägt durch ihre geopolitische Lage zwischen den Großmächten Indien und China. Im Rahmen der Reise führten die Bundestagsabgeordneten Gespräche mit Vertretern von Parlament und Regierung, Mitgliedern der Opposition sowie verschiedenen Nichtregierungsorganisationen. Dabei interessierte sich die Delegation in Kathmandu vor allem für die (innen-)politische Situation Nepals, die Folgen des Bürgerkrieges sowie die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Schwerpunkte der Gespräche in Dhaka bildeten vor allem die Entwicklung der Textilindustrie sowie das Lieferkettengesetz. Hintergrund war der 10. Jahrestag des Einsturzes der Textilfabrik Rana Plaza am 24. April, bei dem 2013 über 1000 Menschen ums Leben kamen und über 2000 Menschen schwer verletzt wurden. Die Mitglieder der Delegation besuchten deshalb eine Textilfabrik und führten Gespräche mit den Arbeiterinnen und Arbeitern über ihre derzeitigen Arbeitsbedingungen und ihre zukünftigen Perspektiven. Der Delegationsbesuch wurde von den Gesprächspartnern sehr begrüßt und sorgte in den lokalen Medien für viel Aufmerksamkeit. Sowohl in Nepal als auch in Bangladesch wird Deutschland als ein wichtiger und einflussreicher Partner in der Entwicklungszusammenarbeit betrachtet.

Parlamentariergruppe Südkaukasus

(Armenien, Georgien, Aserbaidshan)

Eine Delegationsreise im März 2023 nach Armenien und Georgien diente vor allem der Fortführung und Intensivierung des seit Jahren bestehenden, guten parlamentarischen Austausches. In beiden Partnerländern gab es intensive Gespräche insbesondere zu innen- und rechtsstaatlichen Fragen, aber auch außen- und europapolitische Themen spielten eine große Rolle. Dabei wurde die deutsche Unterstützung beider Länder bei der Annäherung an die EU, insbesondere im Rahmen der Östlichen Partnerschaft hervorgehoben. In beiden Ländern ging es in einer Reihe von Begegnungen um die Rolle der NATO. Zudem war den Abgeordneten ein offener Austausch zur demokratischen Verfasstheit, der Einhaltung der Menschenrechte sowie zu Belangen der Pressefreiheit sehr wichtig. In Armenien stand zudem der Konflikt mit Aserbaidshan (Bergkarabach) im Mittelpunkt der Gespräche. In Georgien griff die Delegation den umstrittenen Gesetzentwurf über die Einführung eines Registers für ausländische Agenten (Agentengesetz) und die damit verbundenen Massenproteste in ihren Gesprächsterminen auf.

Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe

(Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien)

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe besuchte im Februar 2023 Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien. Die Reise stand im Zeichen der Stärkung der jeweiligen bilateralen parlamentarischen Beziehungen sowie der weiteren Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in den Partnerländern. In Bosnien und Herzegowina fanden Gespräche zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die von internationalen Beobachtern begleitet wurden. Die Mitglieder der Parlamentariergruppe führten Gespräche über den Stand der Regierungsbildung, den Beitritt zu EU und NATO sowie die Rolle und Bedeutung des Hohen Repräsentanten, Christian Schmidt. Von einer Reihe ihrer Gesprächspartner wurden deutsche Investitionen und Handelsbeziehungen als

entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hervorgehoben. In Montenegro informierte sich die Delegation ebenfalls über den Stand der politischen Entwicklung dort. Ihre Gesprächspartner betonten die Notwendigkeit einer funktionierenden Regierung und die große Bedeutung des EU-Beitrittsprozesses. Ein wichtiges Gesprächsthema in Serbien war der Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo. Die Delegation der Parlamentariergruppe sprach sich für einen Abbau nationalistischer Symbolpolitik aus und forderte einen offenen und konstruktiven Dialog zwischen den Ländern. Die Abgeordneten betonten die Wichtigkeit des EU-Beitritts für die Region und die Unterstützung bei der Förderung erneuerbarer Energien und von Umweltschutzmaßnahmen. Die Rolle Deutschlands als wichtiger Handelspartner und Investor wurde von den Gastgebern unterstrichen. Besorgnisse über die Abwanderung junger Menschen kamen ebenfalls zur Sprache. Die Delegation hob die Bedeutung des Austauschs und der Zusammenarbeit hervor, um regionale Stabilität und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Abgeordneten versprachen ihre Unterstützung für die Staaten auf ihrem Weg in die Europäische Union und forderten zu konstruktiven politischen Entwicklungen und Reformen auf.

Parlamentariergruppe Südliches Afrika

(Angola, Botsuana, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika)

Vor dem Hintergrund der fortdauernden Verhandlungen über ein deutsch-namibisches Aussöhnungsabkommen zu dem – aus heutiger Sicht – Völkermord deutscher Kolonialisten an den Volksgruppen der Herero und Nama und die daraus resultierende besondere Verantwortung Deutschlands, entschied die Parlamentariergruppe Südliches Afrika, Namibia im Rahmen einer Delegationsreise im Oktober 2022 exklusiv zu besuchen. Den fünf Abgeordneten war es ein wichtiges Anliegen, mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern Namibias über die zuvor zwischen beiden Ländern geschlossene „Joint Declaration by the Federal Republic of Germany and the Republic of Namibia – United in Remembrance of our Colonial Past, united in our Will to reconcile, united in our Vision of the Future“ ins Gespräch zu kommen. So führte die Reise dann auch vom Parlament in Windhuk bis in den Süden des Landes nach Lüderitz, was eine Vielzahl von Begegnungen mit politischen Akteuren wie auch mit Angehörigen der Herero und Nama ermöglichte. Der thematische Kern der Reise war somit die koloniale Vergangenheit Deutschlands und deren konkrete Auswirkungen auf die Gestaltung der bilateralen Beziehungen beider Länder heute. Diese beinhalten auch das deutsch-namibische Zukunftsprojekt eines Kraftwerkes für Grünen Wasserstoff in der Namib-Wüste. Dessen Planung und erste Bauphase sah sich die Delegation vor Ort an und diskutierte mit lokalen Beteiligten die daran geknüpften Erwartungshaltungen beider Seiten.

Freundeskreis Berlin-Taipei

Nach einer dreijährigen Pause aufgrund der Corona-Pandemie und inmitten politischer Anspannungen nach dem Besuch von Nancy Pelosi, der Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten, in Taipeh reiste eine Delegation dieser Parlamentariergruppe im Oktober 2022 in ihr Partnerland. Die Delegationsteilnehmer betonten, dass der Besuch nicht als „Staatsbesuch“ zu interpretieren sei, sondern vielmehr als die Wiederaufnahme und Stärkung des regelmäßigen Austauschs zwischen den Parlamenten Deutschlands und Taiwans. Naturgemäß standen die aktuelle politische Lage, insbesondere die Sicherheitslage in der Region sowie die deutsch-taiwanischen Beziehungen im Mittelpunkt aller Gespräche. Die Bundestagsabgeordneten sprachen sich – unabhängig von Statusfragen – für eine vertiefte Zusammenarbeit aus und betonten die Bedeutung eines pragmatischen Ansatzes zur Belebung der bilateralen Beziehungen. Ein besonderes Augenmerk galt dem taiwanischen Hochtechnologiesektor, insbesondere der Halbleiterindustrie, die eine bedeutende Rolle für das taiwanische Wirtschaftsmodell spielt. Die taiwanische Seite dankte Deutschland für die bisherige Unterstützung, insbesondere durch die G7-Erklärung und die Erwähnung Taiwans in der Weltgesundheitsversammlung. Deutlich wurden die Erwartungen Taiwans an eine aktivere europäische Rolle in der Region.

Parlamentariergruppe USA

Im Rahmen des 37. Congress-Bundestag Seminars, bei dem sich US-Kongressabgeordnete und Bundestagsabgeordnete jährlich wechselnd in den USA oder Deutschland treffen, reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe im September 2022 in die Hauptstadt Washington sowie nach Philadelphia, Harrisburg und Allentown im Bundesstaat Pennsylvania. Das Seminar fand nach 2019 aufgrund der Covid-19-Pandemie das erste Mal wieder statt. Die deutschen Abgeordneten führten Gespräche über den Stand der transatlantischen Beziehungen, die in der jüngeren Vergangenheit von einer Verbesserung und Intensivierung geprägt waren. Beide Seiten sahen die traditionell sehr guten Beziehungen, die auf gemeinsamen Werten basieren, als existenziell an. Die Reise stand zudem

besonders im Zeichen der unmittelbar nach der Reise terminierten „Midterm-Wahlen“. Dafür traf sich die Delegation mit Vertretern von Instituten für Meinungsumfragen sowie mit Kandidaten der republikanischen und der demokratischen Partei. Pennsylvania, das bei der Senatswahl als höchst umkämpfter Staat galt, vermittelte den Abgeordneten ein lebhaftes Bild von der Spaltung der politischen Landschaft in den USA. Doch abseits der verschiedenen Meinungen stimmten sowohl die amerikanischen Gastgeber als auch die Delegationsmitglieder vollkommen darin überein, dass man in einer globalisierten Welt nur gemeinsam die Herausforderungen angehen könne, die über regionale Begrenzungen hinausgehen.

Parlamentariergruppe Westafrika

(Benin, Burkina Faso, Côte d’Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad)

Um die in vergangenen Wahlperioden aufgebauten parlamentarischen Kontakte weiter zu intensivieren, reiste eine fünfköpfige Delegation der Parlamentariergruppe im Juni 2023 in die Republik Côte d’Ivoire (Elfenbeinküste). Die äußerst hochrangige Wahrnehmung der deutschen Abgeordneten – flankiert von einem großen Medieninteresse – zeigte, wie sehr beide Seiten an einer verstärkten bilateralen Zusammenarbeit interessiert sind. Die Republik Côte d’Ivoire gilt als ein stabiles Land in Westafrika mit vergleichsweise tragfähigen demokratischen Strukturen und Medien. Der Besuch der deutschen Delegation sollte auch ein Signal der Unterstützung aussenden, diesen erfolgreichen Weg weiterzugehen. In der Konsequenz dieser positiven Entwicklung durchzog die jüngste Reform des deutschen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nahezu alle Gespräche – immer verbunden mit der Bitte auf ivoirischer Seite, sichtbar und kontinuierlich über die neuen Möglichkeiten zu informieren. Die Côte d’Ivoire ist das Land mit den meisten Deutschlernenden auf dem afrikanischen Kontinent. Nicht zuletzt daraus resultiert das beiderseitige Interesse an einer künftig noch stärkeren Zusammenarbeit, der sich auch die Parlamentariergruppe Westafrika verschrieben hat. Ein Gegenbesuch 2024 soll die entstandenen parlamentarischen Kontakte noch weiter festigen.

Parlamentariergruppe Zentralafrika

(Äquatorialguinea, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Sao Tome und Principe, Zentralafrikanische Republik)

Im März 2023 reiste eine Delegation dieser multilateralen Parlamentariergruppe in die Republik Kongo und im Anschluss in die Demokratische Republik Kongo, um die jeweiligen bilateralen Beziehungen auf parlamentarischer Ebene zu pflegen. Zu den Schwerpunkten der Gespräche mit Parlamentariern der beiden Nationalversammlungen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Medien sowie der christlichen Kirchen gehörten die politische und wirtschaftliche Entwicklung beider Länder, ihre demokratische Verfasstheit und die menschenrechtliche Situation, Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutzfragen, die Situation von Frauen und Mädchen sowie das Thema Bildung und Ausbildung. Bei einem Gespräch mit GIZ und KfW in Kinshasa konnten sich die Bundestagsabgeordneten über den Stand und die Ergebnisse der deutschen Entwicklungszusammenarbeit informieren. Bei einem Zusammentreffen mit jungen Forscherinnen und Unternehmern in Brazzaville bekundeten diese ihr Interesse an einer akademischen Weiterbildung in oder in Zusammenarbeit mit Deutschland. Ein wichtiger Gesprächsinhalt in der Demokratischen Republik Kongo war zudem der Konflikt und die angespannte Situation im Osten des Landes, insbesondere mit Blick auf die gegenseitig wahrgenommene Bedrohung des Friedens, der Stabilität und Sicherheit durch die jeweils andere Seite. In dem seit Jahren andauernden innerstaatlichen Konflikt kämpft die kongolesische Regierung mit Unterstützung der kongolesischen Armee und Rebellenbewegungen wie den kongolesischen Hutu-Rebellen gegen Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, unter anderem aus dem Nachbarstaat Ruanda. In beiden besuchten Ländern bekundeten die Gastgeber ihr großes Interesse an einer Partnerschaft mit Deutschland.

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe

(Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan)

Eine vierköpfige Delegation dieser Parlamentariergruppe besuchte im Februar 2023 die Partnerländer Kasachstan und Kirgisistan. Bereits seit vielen Wahlperioden pflegt die Parlamentariergruppe enge Beziehungen zu den dortigen Parlamenten und Freundschaftsgruppen. So bildeten intensive politische Gespräche zur bilateralen Zusammenarbeit sowohl in Astana als auch in Bischkek den Mittelpunkt der Delegationsreise, die nach einer langen Zeit der Pandemie ein erfolgreicher Auftakt zur Intensivierung der parlamentarischen Zusammenarbeit war. Bestim-

mendes Thema der Gespräche in Kasachstan waren die Reformpolitik des Staatspräsidenten, Stand und Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Kasachstan sowie die Rolle der deutschen Minderheit. Die kasachischen Gesprächspartner unterstrichen die Fortschritte des Landes im Reformprozess, zum Beispiel bei der Liberalisierung der Wirtschaft, der Verfassungsreform und insbesondere der Umgestaltung des Wahlsystems. In Kirgisistan zog sich als roter Faden durch alle Gespräche die große Wertschätzung der kirgisischen Seite für das bisherige Engagement Deutschlands in dem Land sowie der Wunsch nach weiterer und vertiefter Zusammenarbeit. Auf die Frage der Delegation nach perspektivischen Wünschen in der Zusammenarbeit wurden von der Gastgeberseite unter anderem die Aufnahme in das IPS-Programm des Deutschen Bundestages, die baldige Eröffnung der regionalen DAAD-Außenstelle, die Wiederaufnahme auf die Länderliste der Bundesregierung im Rahmen deutscher Entwicklungszusammenarbeit, die erneute Schuldenumwandlung zugunsten Grüner Projekte sowie die Unterstützung der UN-Initiative zur Entwicklung der Bergregionen genannt.

Zur Pflege der gegenseitigen parlamentarischen Beziehungen besuchte eine Delegation des Großen Staats-Chural der Mongolei im April 2023 den Deutschen Bundestag. Die hochrangige Wahrnehmung der mongolischen Abgeordneten durch das Präsidium und zahlreiche Ausschussvorsitzende zeugte von einem beiderseitigen starken Interesse am Aufbau einer vertrauensvollen parlamentarischen Zusammenarbeit – dies insbesondere auch angesichts des anhaltenden Ukraine-Konfliktes. 2024 wird sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und der Mongolei zum fünfzigsten Mal jähren. Beide Länder sehen darin eine feste Grundlage für das weitere gemeinsame Hinwirken auf eine tragfähige strategische Partnerschaft. Um die bilateralen Beziehungen weiter zu intensivieren, sprachen die mongolischen Abgeordneten ihrerseits eine an das Präsidium des Deutschen Bundestages und die Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe gerichtete Einladung zu einem Gegenbesuch aus.

6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch die Abgeordneten. Eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen und sonstigen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unternommenen Einzeldienstreisen sind wie die Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Weiterhin bilden Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen häufig den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete auch Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten sowie des Bundeskanzlers und anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Im Folgenden werden die Einzeldienstreisen der ersten Hälfte der 20. Wahlperiode exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

Europa

In der ersten Hälfte der 20. Wahlperiode war die belgische Hauptstadt Brüssel wieder eines der Hauptziele von Dienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages, um eine Vielzahl von Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen der Europäischen Union sowie der NATO zu führen. Themenschwerpunkte waren insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, der Umgang mit Geflüchteten, die Lage im Nahen Osten, die europäische Finanzpolitik sowie die Klimaschutzpolitik. Abgeordnete nahmen zudem an einer Reihe von Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen teil. So vertraten beispielsweise zwei Mitglieder des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union die Interessen Deutschlands auf der Konferenz zur Zukunft Europas, um die europäische Demokratie und den Zusammenschluss der europäischen Völker zu stärken.

Frankreich stand ebenfalls im Fokus zahlreicher Einzeldienstreisen. Abgeordnete verschiedener Ausschüsse führten Gespräche und besuchten Konferenzen zum Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen, zur aktuellen Entwicklung in der Europäischen Union sowie zu weiteren unterschiedlichsten Themen. Zwei Mitglieder des EU-Ausschusses nahmen regelmäßig an den Arbeitsgruppen- und Plenarsitzungen der Konferenz zur Zukunft Europas teil. Der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union reiste zum Vorsitzenden-treffen der EU-Ausschüsse der Mitgliedsstaaten. Die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen

und Jugend nahm im Europäischen Parlament an einem interparlamentarischen Treffen zum Thema „Eine ehrgeizige Zukunft für Europas Frauen nach Covid-19“ teil. Dienstreisegenehmigungen für eine Veranstaltung der Münchner Sicherheitskonferenz in Paris zum Thema europäische Verteidigung erhielten auch zwei Mitglieder des Verteidigungsausschusses. Ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses besuchte die europäische Weltraumkonferenz in der französischen Hauptstadt im Rahmen einer Dienstreise.

In Großbritannien führten insbesondere Mitglieder des EU- und des Auswärtigen Ausschusses eine Reihe von Gesprächen mit Regierungs- und Parlamentsvertretern zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Auswirkungen des Brexit, Finanzen und Klimaschutz. Zwei Abgeordnete begleiteten die Umweltministerin auf ihrer Reise nach Glasgow, um an der 26. Weltklimakonferenz teilzunehmen. In London nahm ein Mitglied des Bundestages an einer Veranstaltung zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO sowie zum Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich teil. Ein Abgeordneter aus dem EU-Ausschuss tauschte sich mit Gesprächspartnern über den Stand der Umsetzung des Nordirlandprotokolls und die Beziehungen zwischen Nordirland und der Republik Irland aus.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses führte in der italienischen Hauptstadt Rom politische Gespräche mit Vertretern der Regierung, des Parlaments und der Zivilgesellschaft zum Krieg in der Ukraine, zum NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens, zur europäischen Energieversorgung sowie zur Erweiterung der EU. Eine Abgeordnete des Ausschusses für Inneres und Heimat nahm dort an einem Austausch mit Repräsentanten der christlichen, jüdischen und muslimischen Gemeinden teil, um den interreligiösen Dialog zu stärken. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses führte in Rom und im Vatikan Gespräche zum Stand der Beziehungen zwischen Deutschland, Italien sowie dem Vatikan und informierte sich über die italienische Migrationspolitik.

In Österreich nahm ein Mitglied des Verteidigungsausschusses an der internationalen Staatenkonferenz zum UN-Atomwaffenverbot teil. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses informierte sich in Wien über die Entwicklungsarbeit einer aus Bundesmitteln geförderten Organisation der Vereinten Nationen. Gespräche mit Vertretern des Parlaments, der Regierung, der Wirtschaft sowie NGOs in erster Linie zum Krieg in der Ukraine und zur österreichischen Innenpolitik führten zwei Abgeordnete des EU-Ausschusses. Auf Einladung des österreichischen Finanzministeriums informierte sich ein Mitglied des Verteidigungsausschusses über ein Förderprogramm für Sicherheits- und Verteidigungsforschung.

Zwei Bundestagsabgeordnete nahmen auf Einladung des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Danzig an diversen Veranstaltungen unter der Überschrift „Dialoge“ teil, um die deutsch-polnische Freundschaft und das Engagement für deutsch-polnische Kulturpartnerschaften zu unterstreichen. Nach Beginn des russischen Angriffskrieges reisten die Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, des Auswärtigen Ausschusses und des EU-Ausschusses gemeinsam für politische Gespräche ins polnische Außenministerium, bevor sie im Anschluss in die Ukraine weiterfuhren (siehe auch nächster Absatz). Ein Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales reiste ins polnische Grenzgebiet, um sich ein Bild von der Situation ankommender Flüchtlinge zu verschaffen. Auf Einladung des Deutschen Komitees für UNICEF reiste ein Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an die Grenze zur Ukraine, um sich dort mit Helfern zu unterhalten. Ein Mitglied des Menschenrechtsausschusses nahm am Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma an der Gedenkveranstaltung in Auschwitz-Birkenau teil. Zwei Abgeordnete des Ausschusses für Inneres und Heimat führten Gespräche mit der Frontex-Leitung zu den Themen Migration, Menschen- und Waffenhandel sowie Organisierte Kriminalität.

Die Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, des Auswärtigen Ausschusses und des EU-Ausschusses reisten kurz nach Kriegsbeginn von Polen aus in die Ukraine, um ihre Solidarität zu zeigen. Sie führten Gespräche mit ukrainischen Amtskollegen, besuchten ein ziviles Krankenhaus und machten sich vor Ort ein Bild vom Ausmaß der Zerstörungen. Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses reiste zudem auf Einladung des ukrainischen Parlamentspräsidenten nach Kiew, um Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten, mit Abgeordneten des ukrainischen Auswärtigen Ausschusses sowie mit Mitgliedern der ukrainisch-deutschen Freundschaftsgruppe zu führen. Auch die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses reiste erneut für Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten und weiteren hochrangigen Parlaments- und Regierungsvertreter in die Ukraine. In Lwiw und Kiew führte der stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses Gespräche mit politischen Vertretern über deutsche Unterstützungsmöglichkeiten und besuchte die Holocaustgedenkstätte Babyn Jar, das Nationale Museum für den Holodomor-Genozid sowie den Kiewer Vorort Butscha.

Nach Russland fanden im Berichtszeitraum keine Reisen statt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führte auch zu einer Reihe von Einzeldienstreisen nach Litauen. Mitglieder des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses besuchten das deutsche Einsatzkontingent der Bundeswehr und führten Gespräche mit Vertretern des Parlaments und der Zivilgesellschaft über die Situation an der NATO-Ostflanke. In Vilnius nahm ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses am Kalinowski Forum, einer internationalen Konferenz zu Belarus, teil. Ein Mitglied des Bundestages besuchte das Vilnius Security Forum 2023 zum Thema „Abschreckung durch einheitliche Verteidigung“.

In Finnland nahm die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses an der Konferenz der Vorsitzenden der Verteidigungsausschüsse der Ostsee-Anrainerstaaten teil, um sich über die verteidigungspolitischen Folgen des russischen Angriffskrieges für die Länder im Ostseeraum auszutauschen. Mitglieder des entsprechenden Ausschusses begleiteten die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen auf ihrer Reise nach Helsinki, um Gespräche mit dem Schwerpunkt Obdach- und Wohnungslosigkeit zu führen und Wohnprojekte zu besuchen.

Zwei Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses reisten in die Republik Moldau, um politische Gespräche zur aktuellen Sicherheitslage sowie der Situation der Geflüchteten aus der Ukraine zu führen und besuchten Hilfsorganisationen sowie eine Erstaufnahmeeinrichtung im Grenzgebiet. Gespräche zur Situation der Flüchtlinge, zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen sowie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit führten zwei Abgeordnete des EU-Ausschusses. Eine Abgeordnete des Bundestages tauschte sich mit politischen Akteuren und der Zivilgesellschaft über die aktuellen Entwicklungen des Krieges und die Auswirkungen auf die Bevölkerung Moldaus aus.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses besuchte in Rumänien die deutschen Bundeswehrkräfte und führte eine Reihe von politischen Gesprächen. Ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union informierte sich vor Ort über die Situation ukrainischer Flüchtlinge. Eine Abgeordnete des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe führte in Bukarest Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern und Nichtregierungsorganisationen über die Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie der Angehörigen der Roma. Zwei Bundestagsabgeordnete nahmen in der rumänischen Hauptstadt auf Einladung der Münchner Sicherheitskonferenz am Munich Leaders Meeting teil, um die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region zu diskutieren.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen in Bosnien und Herzegowina reiste ein Mitglied des EU-Ausschusses für politische Gespräche mit Oppositionspolitikern, dem Staatspräsidium sowie dem Botschafter der Europäischen Union in das Land. Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses besuchte das deutsche Einsatzkontingent der Bundeswehr dort. Eine Abgeordnete des Menschenrechtsausschusses besuchte Flüchtlingslager und sprach mit den Hilfsorganisationen vor Ort. Gespräche über die Themen Fachkräfteeinwanderung, Sozialsystem, Stärkung der Zivilgesellschaft und EU-Beitrittsperspektiven führte ein Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales in der Hauptstadt Sarajevo.

Im Kosovo führte ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe Gespräche mit Regierungsvertretern über die eingeleiteten Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Kampf gegen Korruption sowie zu den Möglichkeiten einer engeren Kooperation mit der EU und der NATO. Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses besuchte das deutsche Einsatzkontingent und sprach mit dem kosovarischen Verteidigungsminister. Gespräche mit politischen Akteuren und Vertretern von Minderheiten führte eine Abgeordnete des Menschenrechtsausschusses.

Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses besuchte in Griechenland eine militärische Übung der NATO und führte Gespräche zur Flugabwehrfähigkeit der Bundeswehr. Der Ausschuss für Inneres und Heimat entsandte zwei Abgeordnete auf die Insel Kos, um sich in einem Flüchtlingslager ein Bild von der Situation zu verschaffen und mit Hilfsorganisationen zusammenzutreffen. Politische Gespräche im Vorfeld der Parlamentswahlen waren Anlass einer Dienstreise für ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Als politischer Beobachter zu den Prozessen und Urteilsverkündungen gegen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten in der Türkei reiste ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Zwei Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses nahmen in Istanbul an einer Sicherheitskonferenz teil. Auf Einladung der Bundesministerin des Auswärtigen begleiteten Abgeordnete sie auf ihrer Reise nach Ankara und trafen mit dem türkischen Außenminister sowie mit Mitgliedern der Opposition und der Zivilgesellschaft zusammen. Mitglieder des EU- und des Verteidigungsausschusses führten politische Gespräche im Vorfeld der anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahl. Um sich ein Bild von den Folgen des schweren Erdbebens und den deutschen Hilfeleistungen zu machen, reiste ein Abgeordneter des Ausschusses für Inneres und Heimat in die Türkei.

Afrika

In der ersten Hälfte der 20. Wahlperiode reisten Mitglieder des Bundestages auf den afrikanischen Kontinent, um sich über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zu informieren.

In Ägypten führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Menschenrechtslage, den sozio-ökonomischen Herausforderungen für die Menschen und das Land sowie zur Rolle Ägyptens im Libyenkonflikt. Auf Einladung der Bundesaußenministerin nahmen Abgeordnete an der UN-Klimakonferenz (COP 27) in Sharm el-Sheikh teil, um sich mit internationalen Klimorganisationen sowie Klimapolitikern auszutauschen. Über Kooperationsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Ägypten in den Bereichen Sicherheit, Energie und Wirtschaft führte ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern sowie wissenschaftlichen Einrichtungen.

Ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft nahm in Tunesien an einem politischen Dialog zum Thema wirtschaftliche Entwicklungen und politische Herausforderungen teil. An einer Konferenz mit dem Schwerpunkt internationale Kooperationen zwischen Deutschland und Tunesien nahm ein Abgeordneter des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teil und führte Gespräche mit lokalen Partnerverbänden. Ein Bundestagsabgeordneter tauschte sich mit Gesprächspartnern aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zum demokratisch-politischen System in Tunesien aus.

In der marokkanischen Hauptstadt Rabat informierte sich ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses über die aktuelle politische Lage und den Stand der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen. Vier Abgeordnete begleiteten die Bundesministerin des Auswärtigen auf ihrer Reise nach Marokko, um die parlamentarischen Beziehungen zu vertiefen und Kooperationen aufzubauen. Eine Abgeordnete des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe führte Gespräche mit Vertretern des Parlaments, der Regierung und Nichtregierungsorganisationen über die Lage der Flüchtlinge an den Grenzen zu den spanischen Exklaven sowie zur Menschenrechtslage von Frauen und Kindern.

Im Berichtszeitraum besuchten Abgeordnete mehrfach die deutschen Einsatzkräfte in Mali, sprachen mit den dort stationierten Soldatinnen und Soldaten und führten politische Gespräche. Sie begleiteten jeweils auf Einladung die damalige Bundesministerin der Verteidigung oder die Bundesministerin des Auswärtigen auf ihren Reisen, um sich über den Bundeswehreininsatz zu informieren.

Auf Einladung der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begleiteten sie drei Abgeordnete nach Äthiopien, um sich über die Folgen des Ukraine-Krieges auf die Ernährungssicherheit in Afrika, die Pandemiebekämpfung, den Auf- und Ausbau der afrikanischen Freihandelszone sowie zum Thema Sicherheit und Frieden auszutauschen. Ein Mitglied des Ausschusses für Digitales nahm in Addis Abeba als Redner am Internet Governance Forum (IGF) der Vereinten Nationen teil und sprach unter anderem über cyberdiplomatische Prozesse der UN-Organisation.

In Namibia führte eine Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses politische Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten der Nationalversammlung sowie mit Mitgliedern der Namibisch-Deutschen Freundschaftsgruppe und der Regierung. Des Weiteren besuchte sie deutsche Schulen und hielt einen Gastvortrag an einer Universität. Ein Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nahm an einer Konferenz zum Thema Grüner Wasserstoff teil.

Nordamerika

In die Vereinigten Staaten von Amerika reisten in der ersten Hälfte der 20. Wahlperiode Mitglieder des Bundestages zu den unterschiedlichsten Anlässen. Eine Abgeordnete nahm in Washington D.C. an einer Konferenz zu den Themen globale Sicherheit, illegale Finanzgeschäfte und biologische Kriegsführung teil und führte Gespräche zur Außen- und Sicherheitspolitik. Auf Einladung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt reiste ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses zur Teilnahme am 37. Weltraum Symposium. Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses führten eine Vielzahl von politischen Gesprächen mit Vertretern der US-Regierung und des Parlaments zu den Themen Sicherheit, transatlantische Beziehungen, Finanzen und Wirtschaft. Auf Einladung der Münchner Sicherheitskonferenz nahmen zwei Abgeordnete an „Leaders Meeting“ teil, um gemeinsame Strategien zur Bewältigung der Bedrohung durch Russland zu entwickeln. Ein Abgeordneter thematisierte im US-Außenministerium die Sicherheitslage in den Staaten des Westbalkans. Zu einem forschungspolitischen Austausch und dem Besuch diverser Wissenschaftshubs reiste ein Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung. Ein Abgeordneter des Verteidigungsausschusses informierte sich über die Entwicklung eines simulationsbasierten Trainings für Streitkräfte sowie Kooperationsmöglichkeiten mit amerikanischen Tech-Firmen. Nach den Zwischenwahlen in den USA reiste ein Mitglied des Bundestages zu politischen Gesprächen im Bereich Sicherheitspolitik, transatlantische Wirtschaftsbeziehungen sowie innenpolitische Entwicklungen nach Washington D.C. Als Redner auf zwei klima- und wirtschaftspolitischen Veranstaltungen reiste ein Abgeordneter des Ausschusses für Klimaschutz und Energie. An der Deutsch-Amerikanischen Konferenz 2023 zum Schwerpunkt internationale Klimapolitik nahm ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses teil.

Zwei Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses reisten zur Teilnahme am Halifax International Security Forum nach Kanada, um sich mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über die aktuellen globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen auszutauschen. Ein Mitglied des Europaausschusses informierte sich über die Perspektiven einer gemeinsamen transatlantischen Zusammenarbeit. Auf Einladung der Bundesumweltministerin begleiteten Abgeordnete des Umweltausschusses sie zur 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 15) nach Montreal. Ebenfalls begleiteten Abgeordnete den Bundespräsidenten bei seinem offiziellen Besuch in Kanada, um die enge Partnerschaft zu würdigen und vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen weiter auszubauen.

Mittel- und Südamerika

Ein Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung führte in Mexiko politische Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern zum Ausbau der bilateralen Beziehungen sowie zum Stand der Kooperationen im Bereich des Gesundheitssektors und besuchte das Projekt „Deutsch-Mexikanische Energiepartnerschaft“. Auf Einladung des Bundespräsidenten begleiteten ihn zwei Abgeordnete auf seiner Reise nach Mexiko-Stadt, um die Partnerschaft zwischen Deutschland und Mexiko zu würdigen und zu vertiefen.

Anlässlich der Präsidentschaftswahlen in Kolumbien reisten zwei Bundestagsabgeordnete auf Einladung der Misión de Observación Electoral (MOE) nach Bogota, um die Wahlen zu beobachten und am Rande politische Gespräche mit Abgeordneten des Senats und des Repräsentantenhauses zu führen. Ein Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung führte Gespräche mit Politikern und zivilgesellschaftlichen Organisationen mit den Schwerpunkten Klima, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechtslage.

In Ecuador besuchte ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses die zweite globale Weltraumkonferenz für Schwellenländer, um sich mit hochrangigen Vertretern der großen Weltraumbehörden, der Industrie, der Regierungen sowie mit Hochschulen und NGOs zum Nutzen von Weltraumanwendungen auszutauschen. Eine Bundestagsabgeordnete führte Gespräche mit Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft zu den Themen Umwelt- und Klimaschutz, Bergbau sowie Lieferketten.

Nach den Wahlen in Brasilien nahm ein Mitglied des EU-Ausschusses auf Einladung an den Feierlichkeiten zur Amtseinführung des Präsidenten teil und führte Gespräche zum Freihandelsabkommen zwischen der internationalen Wirtschaftsorganisation Mercosur und der Europäischen Union. Ein Abgeordneter begleitete auf Einladung den Bundespräsidenten auf seiner Reise nach Brasilien, um den demokratischen Machtwechsel nach den Wahlen zu würdigen und Impulse für eine neue Phase der strategischen Partnerschaft zwischen Brasilien und Deutschland zu setzen. In Rio de Janeiro nahm eine Abgeordnete des Verteidigungsausschusses an einer internationalen Sicherheitskonferenz teil, führte Gespräche mit Vertretern aus Politik, Militär sowie Wissenschaft und informierte sich über sicherheitspolitische Kooperationen mit Lateinamerika.

Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses reiste nach Chile, um eine Reihe von politischen Gesprächen zu den Themen Energie- und Ernährungssicherheit, Umwelt, Soziales sowie Sicherheitspolitik zu führen.

Im Nachbarland Argentinien führte ein Mitglied des Bundestages politische Gespräche zur Bedeutung Lateinamerikas als westlicher Wertepartner sowie zur Perspektive eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union

Asien und Naher Osten

Die aktuellen Entwicklungen, die sicherheitspolitische Lage sowie die Auswirkungen des Bürgerkrieges in Syrien führten in der ersten Hälfte der 20. Wahlperiode zu Einzeldienstreisen von Abgeordneten nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. Zwei Abgeordnete nahmen an einer Informationsreise zum Thema Gewährleistung von Bildung für junge Menschen in Krisengebieten teil. Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses führte eine Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses. Ein Mitglied

des Wirtschaftsausschusses tauschte sich über Aufbau und Nutzen von Wasserstofftechnologie aus. Für den Verteidigungsausschuss reiste ein Abgeordneter zu Gesprächen mit verteidigungspolitischen Abgeordneten der Knesset und besuchte israelische Firmen der Rüstungsindustrie. Zwei Mitglieder des Innenausschusses reisten für einen Austausch zum Thema innere Sicherheit, Demokratie, Terrorabwehr und Cybersicherheit nach Tel Aviv. Gespräche mit führenden Politikern, Experten und Entscheidungsträgern in der israelischen und palästinensischen Autonomiebehörde zum Schwerpunkt Minderheiten, Sicherheit und Verteidigung führten zwei Abgeordnete des Menschenrechts- und des Bildungsausschusses. Ein Abgeordneter des Auswärtigen Ausschusses nahm in Tel Aviv als Redner an der Herzliya Konferenz 2023 teil, um vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine über die zukünftige strategische Ausrichtung der EU im Mittelmeerraum sowie über die angespannte politische Lage in Israel zu sprechen.

Ein Mitglied des Haushaltsausschusses besuchte im Libanon aus Bundesmitteln finanzierte Projekte im Gesundheitsbereich. Drei Abgeordnete begleiteten auf Einladung die Entwicklungsministerin auf ihrer Reise, um sich über die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Ernährungssicherheit zu informieren und Strategien zu entwickeln, um die Folgen abzumildern und krisenfestere Strukturen zu schaffen. Über die Arbeit der Marine zur Stabilisierung der Seewege und deren Auswirkungen auf die Gewährleistung von Güterverkehr, Lieferketten und Freihandel informierte sich eine Abgeordnete des Verkehrsausschusses.

Im Irak führten zwei Mitglieder des Menschenrechtsausschusses Gespräche mit politischen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Menschenrechtslage und besuchten ein Camp von Binnenvertriebenen sowie ein Frauenzentrum. Eine Abgeordnete besuchte die deutschen Einsatzkontingente in Bagdad und Erbil. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses reiste in die Republik Irak und in die Autonome Region Kurdistan, um sich abseits der Berichterstattung verschiedener Medien einen Eindruck von der Lage vor Ort zu verschaffen, und führte in diesem Zusammenhang Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Auf Einladung der Entwicklungsministerin begleitete ein Abgeordneter des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sie auf ihrer Reise nach Armenien, um das reformorientierte Land zu würdigen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu stärken. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses führte Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern zur demokratischen Entwicklung des Landes sowie zum Konflikt mit Aserbaidschan und besuchte die Grenze zum Nachbarland.

In Indien führte ein Abgeordneter des Wirtschaftsausschusses Gespräche mit Politikern und Vertretern der Handelskammer über den Fortschritt des Freihandelsabkommens. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses nahm in Neu Delhi an einer multilateralen Konferenz für Geopolitik und Geoökonomie teil, um sich über internationale Sicherheitsaspekte in der Indo-Pazifik-Region auszutauschen.

Nach Aufhebung der Einreisebeschränkungen in China infolge der Coronapandemie reiste ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses zur Wiederaufnahme des Austausches über gemeinsame Interessen und Kooperationsmöglichkeiten nach Quingdoa und Beijing. Abgeordnete des Bundestages begleiteten auf Einladung die Außenministerin auf ihrer Reise nach China, um Gespräche mit Regierungsmitgliedern über die bilateralen Beziehungen, das Verhältnis zur Europäischen Union sowie über internationale Krisenherde zu führen. Eine Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses reiste für einen Austausch über Perspektiven und Herausforderungen für politische, ökonomische und technologische Kooperationen zwischen Deutschland und China in die Volksrepublik und hielt zudem einen Gastvortrag an einer Universität in Shanghai.

Eine Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses reiste nach Japan, um Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern sowie wirtschaftspolitischen Experten zur Strategieentwicklung für eine Rohstoffversorgung Deutschlands zu führen. Zur Teilnahme am Deutsch-Japanischen Forum in Tokio reiste ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und führte Gespräche zu den Themen Außenhandel, Energie- und Ressourcenabhängigkeit sowie internationale Sicherheitsaspekte. Zwei Abgeordnete nahmen auf Einladung der Münchner Sicherheitskonferenz am Munich Leaders Meeting 2023 in Tokio teil, um mit internationalen Staats- und Regierungschefs Strategien für eine regionale und globale Stabilität zu entwickeln.

7 Internationale Austauschprogramme

Als Beitrag zur Demokratieförderung bietet der Deutsche Bundestag inzwischen drei Stipendienprogramme zur Vermittlung der parlamentarischen Demokratie Deutschlands an. Das *Internationale Parlaments-Stipendium (IPS)* besteht seit 1986 und richtet sich an bis zu 120 junge Akademikerinnen und Akademiker aus mittlerweile 50 Ländern. Es erfolgt in Kooperation mit den drei Berliner Hochschulen und den politischen Stiftungen. Wäh-

rend des fünfmonatigen Aufenthaltes in Berlin beim Deutschen Bundestag werden die parlamentarische Demokratie in Deutschland, das deutsche Modell einer pluralen Gesellschaft sowie der Stellenwert von Erinnerungskultur durch Seminare und Workshops dargestellt. Kernelement des Aufenthaltes ist ein dreimonatiges Praktikum in einem Büro eines Mitglieds des Deutschen Bundestages, das die parlamentarischen Arbeitsprozesse und die vielschichtigen Aufgaben des einzelnen Abgeordneten vermittelt. Seminare und Vorlesungen an den drei Berliner Hochschulen ergänzen das Angebot akademisch. Nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie mussten die IPS-Regelprogramme in den Jahren 2021 und 2022 angepasst und vollständig bzw. teilweise digital durchgeführt werden. 2023 konnte das gesamte IPS-Programm, wie vor der Pandemie, in Präsenz durchgeführt werden.

Seit 2012 wird zusätzlich ein kompakt gestaltetes vierwöchiges *IPS-Sonderprogramm für die arabischen Staaten* mit jährlich bis zu 24 Stipendien angeboten. Das Stipendium richtet sich an junge, politisch interessierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus dem arabischen Raum, die sich in ihren Heimatländern aktiv für demokratische Grundwerte und eine lebendige Zivilgesellschaft engagieren wollen. Durch ein einwöchiges Praktikum bei einer oder einem Abgeordneten haben sie die Möglichkeit, den Arbeitsalltag der Abgeordneten kennenzulernen. Das für September 2020 geplante IPS-Sonderprogramm für die arabischen Staaten wurde wegen der Covid-19-Pandemie auf 2021 verschoben und fand als Doppeljahrgang mit 33 Stipendiatinnen und Stipendiaten in Berlin statt. Im Jahr 2022 konnten 12 Stipendien vergeben werden. 2023 wurde 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Praktikum in Berlin angeboten.

Das im Jahr 2021 erstmals angebotene vierwöchige *IPS-Sonderprogramm für die afrikanischen Staaten südlich der Sahara* wurde analog zum Sonderprogramm für die arabischen Staaten als Kompaktprogramm mit einem einwöchigen Praktikum in einem Abgeordnetenbüro konzipiert. Aufgrund der Pandemie wurde das Programm mit bis zu acht Stipendien für junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Botswana, Namibia und Südafrika bis einschließlich 2022 digital durchgeführt. Im Januar 2023 konnte das Programm erstmals vor Ort in Berlin durchgeführt werden. Im April 2023 fand das erste Alumni-Treffen mit sieben Stipendiatinnen und Stipendiaten der digital umgesetzten Programmjahre in Berlin statt. Ab dem Programmjahr 2024 wird das Programm auch für junge Interessierte aus Kenia, Tansania und Uganda geöffnet. Für Ostafrika stehen ebenfalls acht Stipendien zur Verfügung.

Mit dem transatlantischen *Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP)* ermöglicht der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem US-Kongress seit 1983 jedes Jahr je 350 Schülerinnen, Schülern und jungen Berufstätigen einen einjährigen Gastaufenthalt im jeweils anderen Land. Dabei übernehmen die Abgeordneten eine Patenschaft für eine Stipendiatin oder einen Stipendiaten und unterstützen diese in ihrer Funktion als sogenannte „Junior-Botschafter/-in“ ihres Landes. Spezielle bildungspolitische Seminare, Besuche der beiden Parlamente und persönliche Begegnungen mit den Patenabgeordneten intensivieren während des Austauschjahres das politische Verständnis und ergänzen die Erfahrungen aus Schule beziehungsweise Betrieb und Ehrenamt. Ziel des Programmes ist eine vertiefte Kenntnis des anderen Landes und seines politischen Systems sowie die Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Die Auswahl für das PPP erfolgt in einem zweistufigen Verfahren, bei dem am Ende ein Mitglied des Deutschen Bundestages das jeweilige „Patenkind“ auswählt. Politisches Interesse und zivilgesellschaftliches Engagement sind dabei wichtige Auswahlkriterien. Nach jeweils pandemiebedingt vorzeitiger Beendigung des 36. PPP 2019/2020 und digitalem Ersatzprogramm im 37. PPP 2020/2021 findet das Programm seit dem 38. PPP 2021/2022 wieder vollständig in Präsenz statt. Mit der Reise einer Delegation der Inneren Kommission des Ältestenrates in die USA im Juni 2023 wurde die pandemiebedingt seit 2020 unterbrochene Reihe von jährlichen Informationsbesuchen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages wieder aufgenommen, die mit Gesprächen im US-Kongress sowie Begegnungen mit Gastfamilien und Stipendiatinnen und Stipendiaten der Unterstützung und Qualitätssicherung des PPP dienen.

Auf interparlamentarischer Ebene trägt der Deutsche Bundestag durch verschiedene Kooperationen mit Parlamentsverwaltungen weltweit zu Aufbau und Stärkung demokratischer Strukturen bei. Mit der Parlamentsberatung werden anfragende Parlamente unterstützt, die sich in einem Demokratisierungs- oder Modernisierungsprozess befinden. Alle Programme werden spezifisch am Bedarf orientiert und berücksichtigen die Besonderheiten unterschiedlicher Parlamentssysteme. Aus Nachhaltigkeitsgründen arbeitet der Deutsche Bundestag in vielen Projekten gemeinsam mit einer der politischen Stiftungen oder im Rahmen von europäischen beziehungsweise supranationalen Förderprogrammen der Interparlamentarischen Union oder des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Beraten wurden im Berichtszeitraum die Parlamente aus Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kroatien, Kosovo, Mexiko, Moldau, Mongolei, Montenegro, Namibia, Nordmazedonien, Peru, Philippinen, Serbien, Südkorea, Trinidad und Tobago, der Ukraine und Usbekistan.

Durch zehn ständige *Mitarbeiteraustausch-Programme* mit ausgesuchten Verwaltungen ausländischer Parlamente werden die institutionelle Zusammenarbeit gestärkt und bewährte beziehungsweise neue Verfahrensweisen ausgetauscht. Die Parlamentsverwaltungen aus Frankreich, Polen, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Österreich und der Schweiz, den USA sowie des Europäischen Parlaments nehmen traditionell an den unterschiedlichen Austauschformaten teil.

8 Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher fünfzehn Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056, 16/7841, 16/14145, 17/7900, 17/14834, 18/6610, 18/13690, 19/13402 und 19/32680). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 26. Oktober 2021 bis zum 30. September 2023. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum unternommenen Auslandsdienstreisen und die weiteren internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen, sämtlicher Ziele sowie der Kosten ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigelegt sind.

9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

- das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4650) und
- die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 19. Januar 2017.

Gemäß § 17 Absatz 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung der Präsidentin des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen sind schriftlich an die Bundestagspräsidentin zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse ist für die 20. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke von acht Abgeordneten (beziehungsweise neun Abgeordneten, wenn die Delegationsleitung durch den Ausschussvorsitz erfolgt), bei den Delegationsreisen der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages eine maximale Delegationsstärke von sechs Abgeordneten festgelegt worden. Die Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag berücksichtigen. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft die Präsidentin des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der Partnerregion zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, der Bundestagspräsidentin bis spätestens sechs Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen Abgeordnete Mitglieder sind und in deren fachlichen Kontext die Reise fällt, dem Reisevorhaben zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung

der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen von Abgeordneten der Verpflichtung, der Bundestagspräsidentin bis spätestens sechs Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten sind für Dienstreisen möglichst kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen. Außerdem sind die Abgeordneten verpflichtet, dienstlich erworbene Prämienmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Kostengünstigkeit sowie dem vorrangigen Einsatz von Prämienmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

Die bei Dienstreisen des Bundestages anfallenden CO₂-Emissionen werden durch zertifizierte Klimaschutzprojekte kompensiert.

10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen (ED), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung der Präsidentin oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 956 Reisen stattgefunden:

93 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)

(Oktober bis Dezember 2021: 0; 2022: 44; Januar bis September 2023: 49)

634 Einzeldienstreisen (ED)

(Oktober bis Dezember 2021: 11; 2022: 384; Januar bis September 2023: 239)

40 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)

(Oktober bis Dezember 2021: 0; 2022: 20; Januar bis September 2023: 20)

0 Reisen offizieller Delegationen (OD)

(Oktober bis Dezember 2021: 0; 2022: 0; Januar bis September 2023: 0)

29 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)

(Oktober bis Dezember 2021: 0; 2022: 9; Januar bis September 2023: 20)

160 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)

(Oktober bis Dezember 2021: 19; 2022: 77; Januar bis September 2023: 64)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 26. Oktober 2021 bis zum 30. September 2023 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2021, 2022 und 2023 unternommenen Reisen aus.

Berlin, den 17. Oktober 2023

Bärbel Bas

11 Statistische Übersicht**Anlage 1****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 26. Oktober bis 31. Dezember 2021 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Bulgarien						1
Dänemark						1
Frankreich						6
Griechenland						1
Großbritannien		2				
Italien						2
Litauen						1
Norwegen		1				
Schweiz		1				
Serbien						1
Spanien						2
Türkei		2				
Ungarn						1

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kanada		1				
USA		1				2

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Bahrain		1				
Usbekistan						1

Asien und Naher Osten**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidshan, Georgien		1				

Anlage 2

**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022
durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		1				
Belgien	2	16	1			3
Bosnien und Herzegowina		3	1			1
Bulgarien		2				1
Dänemark	1					1
Estland		1				
Finnland	1	1				4
Frankreich	1	28	2			29
Griechenland		3				3
Großbritannien		9	1			2
Irland		2				2
Island						1
Italien	1	6	2		1	1
Kosovo		2				
Kroatien		1	1			
Lettland		3				1
Litauen		12				2
Luxemburg					1	
Malta		2				
Montenegro		1				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Niederlande	2	2				
Nordmazedonien		1				
Norwegen	1					
Österreich	1	3				1
Polen		11	4			3
Portugal		2				
Republik Moldau		2				
Rumänien		3				
Schweden	1	1				1
Schweiz	3	5			1	1
Serbien		4				3
Slowakische Republik		3				1
Spanien	1	1	1			2
Tschechische Republik	2	5				1
Türkei		15	1			3
Ukraine		3	1			
Ungarn		1				1
Zypern						1

Europa
Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Kosovo, Nordmazedonien		1				
Albanien, Nordmazedonien		2				
Bosnien und Herzegowina, Kosovo		1				
Bosnien und Herzegowina, Serbien		1				
Bulgarien, Rumänien		1				
Dänemark, Schweden		1				
Estland, Finnland	1					
Estland, Lettland		1				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Estland, Lettland, Litauen		1				
Estland, Litauen	1					
Estland, Polen		1				
Großbritannien, Irland	1	1				
Kosovo, Slowakische Republik		1				
Norwegen, Schweden	1					
Polen, Tschechische Republik	1					
Polen, Ukraine		4				
Republik Moldau, Rumänien		2	1			
Republik Moldau, Ukraine	1					
Rumänien, Serbien		1				
Rumänien, Slowakische Republik		1				
Slowakische Republik, Tschechische Republik		1				
Slowakische Republik, Ungarn		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten	1	8				1
Äthiopien		2				
Elfenbeinküste		1				
Marokko	1	5				
Namibia		1			1	
Nigeria		4				
Ruanda						1
Sambia		1				
Südafrika		2				
Togo		1				
Tunesien		4				

Afrika
Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Äthiopien, Libanon		3				
Algerien, Marokko, Tunesien	1					
Ghana, Mali, Niger		3				
Ghana, Senegal		1				
Kap Verde, Senegal		1				
Kenia, Sambia	1					
Kenia, Tansania		2				
Kenia, Uganda					1	
Malawi, Südafrika	1					
Mali, Niger		19				
Namibia, Südafrika	1	2				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		1				
Brasilien		1				
Chile		1				
Dominikanische Republik		1				
Ecuador		1				
Kanada	1	7				
Kolumbien		4				
Mexiko		3				
USA	4	38			1	3

Amerika
Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Uruguay		1				
Bolivien, Kolumbien	1					
Chile, Kanada		1				
Dominikanische Republik, Mexiko		1				
Kanada, USA	1	4				
USA, Vereinigte Arabische Emirate		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Georgien	1	1				
Indien	2	3				
Indonesien		2				1
Irak		2				
Israel		13	3			
Japan		4				1
Kasachstan		1				
Katar		7				
Libanon		5				
Mongolei		1				
Pakistan		3				
Singapur	1	7				
Südkorea		2				1
Taiwan		1			1	
Vereinigte Arabische Emirate		2				

Asien und Naher Osten**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Israel, Katar, Libanon, Palästinensische Gebiete, Vereinigte Arabische Emirate		1				
Armenien, Aserbaidschan, Georgien			1			
Armenien, Georgien		2				
Indonesien, Japan, Palau		1				
Indonesien, Osttimor	1					
Indonesien, Singapur		1				
Irak, Jordanien	1	2				
Israel, Jordanien		1				
Israel, Palästinensische Gebiete		2				
Japan, Singapur		1				
Japan, Südkorea	1	2				
Japan, Taiwan	1					
Kambodscha, Laos, Thailand					1	
Kasachstan, Usbekistan		4				
Katar, Saudi-Arabien					1	
Katar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate		1				
Katar, Vereinigte Arabische Emirate		2				
Libanon, Zypern		5				
Malaysia, Singapur, Vietnam		1				

Australien und Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien		3				

Anlage 3

**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2023 bis 30. September 2023
durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Belgien	2	11	1		1	5
Bosnien und Herzegowina	1	3				
Bulgarien		1				1
Dänemark	1	4				1
Estland		1			1	
Finnland	1	5				
Frankreich	2	13	2			17
Griechenland		3				
Großbritannien	1	7	1			
Irland	1					1
Island	1					3
Italien		5	1			1
Kroatien	1	1				
Lettland		1				2
Litauen		5				2
Luxemburg						1
Montenegro		2				
Niederlande		1				1
Norwegen	2	4				2
Österreich		9	1		1	1

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Polen		9	1		1	2
Portugal		2			1	
Republik Moldau		1				1
Rumänien		6	1			
Schweden	2	5				1
Schweiz	1	7				
Serbien		1	2			
Slowakische Republik		1				
Spanien	2	2	2			
Tschechische Republik		1	1			1
Türkei		9	1			6
Ukraine		1	1			
Ungarn		2				
Zypern		1			1	2

Europa
Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Montenegro, Nordmazedonien		1				
Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Serbien		1				
Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien					1	
Dänemark, Schweden	1					
Estland, Lettland, Litauen			1			
Finnland, Norwegen			1			
Finnland, Schweden	1					
Finnland, Großbritannien		1				
Georgien, Republik Moldau			1			
Italien, Vatikan		2				
Italien, Österreich	1					
Katar, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate		1				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kosovo, Nordmazedonien		1				
Kosovo, Serbien		1				
Litauen, Polen		1				
Österreich, Polen	1					
Polen, Serbien, Ungarn	1					
Portugal, Spanien	1					
Republik Moldau, Rumänien					1	
Republik Moldau, Ukraine		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		1				
Algerien		1				
Elfenbeinküste		1			1	
Kamerun		2				
Kenia		1				
Marokko	1	1				1
Mauritius		1				
Namibia		2				
Nigeria	1					
Ruanda		1				
Senegal		2				
Südsudan		1				
Uganda		1				

Afrika
Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Jordanien		1				
Angola, Mosambik		2				
Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo	1				1	
Ghana, Mali		1				
Ghana, Senegal	1					
Kenia, Ruanda	1					
Kenia, Tansania	1					
Libyen, Tunesien		1				
Mali, Niger		6				
Marokko, Tunesien		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	1	7			1	
Kanada	1	3				2
Kuba		1				
Peru		1				
USA	6	14				4
Uruguay						1

Amerika
Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Paraguay					1	
Bolivien, Ecuador		1				
Bolivien, Kolumbien					1	
Chile, USA	1					
Costa Rica, Guatemala		1				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Costa Rica, Honduras, Panama					1	
Kolumbien, Peru		1				
Panama, USA		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidschan						1
Bahrain		1				1
China		3				
Georgien	1					
Indien	1	5			1	
Irak		1				
Israel		6	1			
Japan	3	4			1	1
Kasachstan						1
Libanon		2				
Manila			1			
Singapur		1				
Südkorea		1				
Taiwan		3				
Thailand		1				
Turkmenistan						1
Vereinigte Arabische Emirate		1				
Vietnam	1					

Asien und Naher Osten**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien, Georgien		2			1	
Bangladesch, Nepal					1	
China, Südkorea		4				
Israel, Jordanien	1					
Israel, Palästinensische Gebiete		7				
Israel, Vereinigte Arabische Emirate		2				
Japan, Südkorea	1					
Kasachstan, Kirgisistan					1	
Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate		1				
Malaysia, Vietnam		1				
Malediven, Sri Lanka		1				

Australien

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien	1	1				

Australien**Mehrländerreisen**

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, Fidschi					1	
Australien, Neuseeland	1	1				

Anlage 4

Gesamtkosten der durchgeführten Reisen pro Haushaltsjahr**1. Gesamtkosten der vom 26. Oktober 2021 bis 31. Dezember 2021 durchgeführten Reisen**

–	0	Ausschussdelegationsreisen (AD)	0,00 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	0	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	0,00 Euro
–	11	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	36.836,85 Euro
–	19	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	68.486,57 Euro
		Gesamtkosten	105.323,42 Euro

2. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 durchgeführten Reisen

–	44	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.359.776,63 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	9	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	227.368,50 Euro
–	404	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	1.053.814,11 Euro
–	77	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	487.661,67 Euro
		Gesamtkosten	3.128.620,91 Euro

3. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2023 bis 30. September 2023 durchgeführten Reisen

–	49	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.800.347,05 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	20	Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen	514.819,06 Euro
–	259	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	828.286,46 Euro
–	64	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	568.971,19 Euro
		Gesamtkosten	3.712.423,76 Euro

